

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Putschpläne in Ungarn und Oesterreich

SPD. Katastrophe in Mecklenburg

Bis zu 40 Proz. Verlust bei der Wahl der Landkreistage. Nazi gewinnen bis zu 100 Proz. gegenüber der Reichstagswahl.

Die am Sonntag in Mecklenburg-Schwerin abgehaltenen Amtsvertreterwahlen werden den Amtsversammlungen (Landkreistagen) ein völlig verändertes Bild geben.

Die Nationalsozialisten haben in allen Aemtern beträchtliche Gewinne zu verzeichnen, die zwischen 20 Proz. und mehr als 100 Proz. seit den letzten Reichstagswahlen (!) betragen.

Die Sozialdemokraten haben in einigen Aemtern bis zu 40 Proz. ihrer Stimmen zum Teil an die Kommunisten und insbesondere in den Landbezirken auch an die Nationalsozialisten abgegeben. In einem Amt ist allerdings ein sozialistischer Stimmengewinn von etwa 15 Proz. zu verzeichnen.

Die Stimmenzunahme der Kommunisten ist geringer, als man im allgemeinen erwartet hatte. Sie beträgt in einigen Aemtern zwischen 10 und 25 Proz. In zwei Aemtern sind nach den vorläufigen Wahlergebnissen geringe Verluste der Kommunisten festzustellen.

Die bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände, die durchweg in bürgerlichen Einheitslisten zusammengefaßt waren, verloren gegenüber den letzten Reichstagswahlen 20 bis 70 Proz. ihres Wählerbesitzes und zwar überwiegend an die Nationalsozialisten.

Die Entwicklung geht also weiter ihren Gang. Der Zusammenbruch der Sozialdemokratie wird immer katastrophaler, die Welle des Faschismus steigt höher und höher. Während bisher in fast allen Aemtern die SPD die stärkste Stimmzahl hatte, ist sie in sämtlichen Aemtern, aus denen bisher Ergebnisse vorliegen, jetzt von den Nationalsozialisten überflügelt worden. Nur im Amt Grevesmühlen bleibt die SPD mit geringfügigem Vorsprung die stärkste Partei. Dagegen haben die Kommunisten nicht entfernt die sozialdemokratischen Verluste auffangen können. Soll der Faschismus nicht tief in die Front des klassenbewußten Proletariats einbrechen, so ist es höchste Zeit, daß die Sozialistische Arbeiterpartei auch in Mecklenburg von allen noch klassenbewußten Anhängern der Sozialdemokratie, von allen, die auch in dieser Wahl wieder verärgert beiseite standen, so kräftig unterstützt wird, daß sie die neue Front des proletarischen Widerstandes bilden kann. SPD und KPD versagen — die Kommunalwahlen des Sonntag in Mecklenburg haben es von neuem gezeigt. Die SAP ist die letzte Hoffnung der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus. Und diese Hoffnung wird nicht trügen, wenn alle mutig an die Arbeit gehen!

Eine Uebersicht über die Entwicklung der drei wichtigsten Parteien gegenüber der Reichstagswahl von 1930 ergibt folgendes Bild:

Amt	SPD	KPD	Nazi
Grevesmühlen	4182 (5166)	1055 (758)	4 024 (2822)
Malchin	7606 (10165)	2839 (2506)	10 625 (6906)
Parchim	6026 (7857)	2630 (2260)	11 388 (7280)
Waren	6580 (8386)	2491 (2903)	9 400 (4985)
Güstrow	8093 (9383)	3063 (2704)	10 501 (4867)
Hagenow	9212 (7959)	2189 (2199)	9 767 (4766)
Schwerin	5424 (6589)	719 (607)	7 888 (3641)
Ludwigslust	7027 (6982)	2279 (1872)	8 046 (6882)
Rostock	7173 (11476)	2338 (2169)	11 638 (8135)
Wismar	6999 (8361)	1737 (1525)	7 723 (4398)
Stadt Ludwigsl.	702 (1139)	145 (68)	1 344 (1006)
Stadt Grabow	708 (1084)	542 (463)	526 (364)

Was soll der Wirtschaftsbeirat

Seine Verhandlungen sind geheim. Wer aber über die genügenden Beziehungen verfügt, erfährt doch das, was ihn interessiert. So wird vom Nachrichtenbüro des VDZ berichtet, daß in der ersten Plenarsitzung in der Aussprache zahlreiche Einzelwünsche geäußert wurden, so wegen der zu niedrigen Holzpreise, wegen des Rückgangs im Bauwesen, wegen geringer Zuckerpelise usw. — Nun weiß man wenigstens wieder etwas genauer, wozu eigentlich der Wirtschaftsbeirat da ist.

Alarmruf Léon Blums

Léon Blum schlägt Alarm — Die „Erwachsenen“ dementieren

Paris, 2. November.

Im „Populaire“ beschäftigt sich Léon Blum mit Putschplänen in Ungarn und in Oesterreich. So behauptet er, am 4. November werde das Kabinett Karolyi in Ungarn durch ein Kabinett des jetzigen Kriegsministers Gömbös abgelöst werden.

Gömbös werde die Militärdiktatur einführen, die nur ein Vorspiel für die Wiedereinsetzung der Habsburger auf den ungarischen Königsthron sei.

Auch soll in Oesterreich ein neuer Putsch, wie Léon Blum weiter erfahren haben will, vorbereitet werden. Den Heimwehren sei der Befehl erteilt worden, am 8. und 9. November loszuschlagen. Diesmal handele es sich nicht um eine nur örtliche Erhebung, wie kürzlich in Steiermark, sondern um einen allgemeinen Aufstand.

Léon Blum glaubt, vor einem nationalsozialistisch-legitimistischen Mitteleuropa und vor einer „Einheitsfront Hitler — Mussolini — Mustapha Kemal“ warnen zu müssen.

(Das offiziöse ungarische Telegraphen- und Korrespondenzbüro bezeichnet diese Behauptungen natürlich als „lächerliche“ und „böswillige“ Erfindung.)

Der österreichische Schutzbund in Bereitschaft

Reichsbannerführer Höltermann ist unabkömmlich

„Die Stunde ist ernst; es gilt, sich bereitzuhalten“ — Mit diesen Worten schloß der österreichische Genosse Julius Deutsch als Obmann des Republikanischen Schutzbundes seine Rede, die er auf der Reichskonferenz dieser Organisation gehalten hatte.

Genosse Deutsch betonte, daß täglich Nachrichten über neue Putschvorbereitungen der Heimwehr einliefen. Die Sozialdemokratie kenne diese Vorbereitungen, sie kenne die Geldgeber der Putschisten, sie wisse um die Verbindung mit dem Ausland (gemeint ist wohl vor allem Ungarn — D. Red.) und sei auch über manche Einzelheiten der Pläne informiert.

Ueber das Verhältnis der Sozialdemokratie zur österreichischen Regierung erklärte Deutsch, daß es in erster Linie dadurch bestimmt werde, ob und inwieweit die Regierung den Putschisten entgegenstehe. Der Putsch vom 13. September dieses Jahres sei nur möglich gewesen, weil die Haltung der Regierung die Putschisten ermüdet habe.

Eine interessante Note in den Konferenzen brachte ein Telegramm des Reichsbannerführers Höltermann, der seine Teilnahme an der Konferenz absagte, weil er wegen der gefährlichen Lage in Deutschland unabkömmlich sei. (Und dabei dachten wir doch, daß nach der Tolerierung Brünnings die Gefahr für die deutsche Arbeiterschaft beseitigt wäre! D. Red.)

Schrebergärtner Karl Krüger

Phantastische Utopien zur Krisenüberwindung.

Die bürgerliche Gesellschaft windet sich in Krämpfen. Der innere Widerspruch zwischen der technischen Entwicklung und den Grenzen, die das Profitstreben der Produktion zieht, droht, die kapitalistische Wirtschaft zu sprengen. Millionen von Arbeitslosen sind das erste, sichtbarste Zeichen dieser Entwicklung. In diesen Millionen Arbeitslosen aber reift zugleich die Kraft heran, die den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft als Ganzem bedroht. Die Bourgeoisie zittert vor einem Hungerwinter, nicht weil sie den Hunger zu spüren bekäme; aber weil sie fürchtet, daß dieser Hunger eine Armee in Bewegung setzen könnte, die der ganzen kapitalistischen Profitgesellschaft den Garaus zu machen wohl in der Lage wäre.

So ist es denn kein Wunder, daß in demselben Moment, in dem die kapitalistische Wirtschaft in immer ausgedehnterem Versagen immer neue Tausende von Proletariern aus dem Wirtschaftsprozeß hinauswirft, daß in demselben Augenblick alle Versuche zu einer Krisenmilderung zuerst bei den Arbeitslosen den Hebel anzusetzen versuchen. Einmal, weil hier die wirkliche Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft sich entwickelt; zum anderen aber auch, weil gerade so Verzweifelte, wie die langjährigen Arbeitslosen, für jeden noch so trügerischen Schimmer einer Hoffnung ganz besonders empfänglich sind. In der Realität jedoch kann die bürgerliche Gesellschaft nicht hinaus aus dem grausamen Wechselspiel ihrer eigenen inneren Gegensätzlichkeit. Jede der Maßnahmen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft, die der Ueberwindung der Krise dienen sollen, wirkt sich im Endergebnis aus in einer neuen Verschärfung der Krise, in einer neuen Zunahme der Arbeitslosenziffer.

Und umgekehrt: wo das Bürgertum im Rahmen seiner Gesellschaft, im Rahmen der Gesetze bürgerlichen wirtschaftlichen und politischen Denkens der Arbeitslosigkeit zu steuern sucht, da verfährt er sich auf der Stelle in Sackgassen. Oft wirken diese Utopien der Arbeitslosigkeit nur mitleiderregend; oft zeigt sich die ganze grausame Gefahr der kapitalistischen Reaktion nur allzu deutlich hinter dem Schleier der Utopie.

Der Minister für soziale Utopie ist gegenwärtig Herr Treviranus. Er sprach am Sonntag in Essen auf einer Gautagung der Volkskonservativen; er sprach dort im Namen der Regierung, und das gibt seinen Worten ein besonderes Gewicht. Seine neueste Liebe ist die Rücksiedlung der Arbeitslosen auf das Land. Am Sonntag hat er diese Utopie ins Gigantische gesteigert. Da war nicht mehr bloß von der Ansiedlung der Arbeitslosen am Rand ihrer Heimatstädte die Rede, da sprach er gleich von der „Rücksiedlung der Arbeitslosen, vor allem der Bergleute aus dem Ruhrgebiet nach dem Osten, woher viele von ihnen gekommen seien“. Phantastischeres ist kaum denkbar!

Zunächst einmal klingt es sehr plausibel, wenn man sagt, daß die, die heute durch das Versagen des Kapitalismus zur Untätigkeit gezwungen sind, draußen auf dem Lande auf unbebautem Gebiet wirtschaftliche Werte erzeugen sollen. Und Herr Treviranus berauscht sich an dieser Phantasie so, daß er gleich selber mitmacht. Er hat dort in Essen verkündet, daß er unter dem Namen „Karl Krüger“ selbst in Berlin einen Schrebergarten besitze und bearbeite. Vielleicht sind den armseligen deutschnationalen Handlungsgehilfen, die da saßen und das hörten, Tränen der Rührung in die Augen gestiegen. Aber hat sich keiner von ihnen die Frage vorgelegt, ob es nicht doch ein kleiner Unterschied ist, ob

Aufhebung der Arbeitslosenversicherung?

Der Kampf gegen die Sozialpolitik konzentriert sich jetzt gegen eine Schlüsselstellung der deutschen Arbeiterschaft, gegen die Arbeitslosenversicherung. In die Front hat sich jetzt neben dem Landgemeindegewand auch der Vorstand des Reichsstädtebundes eingereiht und eine vorübergehende Aufhebung der Arbeitslosenversicherung gefordert.

Diese Forderung wird erhoben, obwohl die Arbeitslosenversicherung schon weitgehend in ihren Leistungen abgebaut und ihres Versicherungscharakters entkleidet ist. Der Rechtsanspruch der Versicherten auf die Versicherungsleistungen ist für einzelne Kategorien völlig aufgehoben und die ganze Arbeitslosenversicherung weitgehend dem Zustande von 1927 wieder angeglichen, wozu insbesondere die strengste Handhabung der Bedürftigkeitsprüfung beiträgt.



A. I. Cook gestorben
Der Führer der englischen Bergarbeiter

Die Aufhebung der Arbeitslosenversicherung soll nicht eine vollständige Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge bedeuten, sondern „nur“ einen weitgehenden Abbau der Leistungen. Der Führer des linken Flügels der englischer Arbeiterbewegung, seit Jahren einer der populärsten Arbeiterbewegung, ist gestorben. Es dürfte aber irrig sein, wenn die Kommunen erwarten, daß auf diesem Wege genügend Mittel frei werden, um die Defizite zu decken, die durch die Wohlfahrtspflege der Städte entstehen. Die Zahl derjenigen Erwerbslosen, die wirklich noch im Sinne des Gesetzes Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung erhalten, geht absolut und im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung immer mehr zurück, die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen wächst schneller als die Erwerbslosigkeit überhaupt. Eine Rettung der zusammenbrechenden Kommunalfinanzen kann mit solchen Mitteln jedenfalls nicht erreicht werden.

Treviranus dementiert sich

Der neue Reichsverkehrsminister Herr Treviranus ist beinahe in den Verdacht gekommen, einen leichten Schlaganfall politischer Vernunft erlitten zu haben. Ihm wurde in den Mund gelegt, daß er eine Reparationszahlung von 1 Milliarde pro Jahr für möglich halte.

Herr Treviranus berichtigt schnellstens. Nicht von der Bezahlung der Reparationsschuld habe er gesprochen, sondern von der Bezahlung privater Schulden. Darüber ließe der Herr Reichsverkehrsminister mit sich reden. Allerdings müßten von den Schuldner, wie das so üblich ist, entsprechende Bedingungen gestellt, von den Gläubigern bewilligt werden. Sonst... Denn, nicht wahr, der Herr Reichsverkehrsminister lebt eben in einer verkehrten Welt, wo „heroische“ Gesten Eindruck machen. Die Hauptsache: er ist der alte geblieben, der Seekadett, der er war. Wo kämpft er denn auch sonst hin in Deutschland!

man seinen Schrebergarten bearbeitet mit einem Ministergehalt im Rücken oder im Kampf gegen den körperlichen Zusammenbruch, den jahrelanges Hungern den Erwerbslosen jeden Tag drohender nahebringt?

Das Zentralproblem — allerdings nicht das einzige! — der Siedlung ist das der Finanzierung. Wenn der Siedler arbeiten will, braucht er Geräte, und seien es die einfachsten; er muß ihre Abnutzung ersetzen; er muß Stiefel und Kleider in einem bisher unbekanntem Umfang neu anschaffen, und er muß das Anlagekapital (Bau des Hauses, Hilfsmittel für die Urbarmachung des Bodens usw.) verzinsen und zurückzahlen. Den geschenkt wird nichts: das hat Herr Treviranus ausdrücklich in Ussen festgestellt.

Der Siedlungsverband des Ruhrkohlenbezirks, dessen Ausschuß am Sonntag tagte, hat kurzerhand erklärt, daß finanzielle Zuschüsse für die Siedlung an den Rändern der Großstädte überhaupt nicht in Frage kämen. Wie solche Siedlungen dann zustande kommen sollen, von welchem Gelde die Häuser gebaut werden sollen, das wird ewig Geheimnis jener Siedlungsamteiler vom grünen Tisch bleiben. Herr Treviranus war schon etwas noll. Er erklärte, Hauszinssteuermittel könne man zwar für die Siedlung nicht verwenden, aber das Reich werde jedem Siedler voraussichtlich 2000 Mark Zuschuß geben. Und Herr Treviranus fügte hinzu: „Die Zuschüsse müssen unter allen Umständen wieder zurückgezahlt werden.“ Der Schrebergärtner Karl Krüger wird sicher in der Lage sein, 2000 Mark und auch 20.000 Mark zurückzahlen. Aber die Arbeitslosen, Herr Treviranus, — wovon sollen die je in die Lage kommen, 2000 Mark Vorschuß abzutragen? Von den Unterstützungen, die schon von dauerndem Abbau bedroht sind?

Es gibt praktisch nur einen einzigen Weg für den neugebackenen Siedler, das Darlehen des Reiches zurückzahlen und jene anderen Barmittel zu beschaffen, ohne die er sich und seine Familie nicht kleiden und mit den notwendigen Arbeitsmitteln versehen kann. Und dieser einzige Weg ist der Verkauf von Produkten, die der Siedler auf seinem Lande erzeugt. Herr Treviranus erklärte zwar ausdrücklich, es sei nicht die Absicht der Reichsregierung, daß die angesiedelten Arbeitslosen „Erzeugnisse zum Verkauf gewinnen“ sollen. Sie sollten vielmehr nur zusätzliche Mittel zu ihrem Lebensunterhalt verschaffen. Wenn aber die Regierung auf der anderen Seite die Rückzahlung des Anlagekapitals will und wenn die Siedler nicht in kurzer Zeit unbedeutend herumlaufen und mit ihren bloßen Händen die Erde umwühlen wollen, dann wird ihnen gar nichts anderes übrig bleiben, als einen Teil ihrer Produkte zu verkaufen. Ob das die Regierung nun „will“ oder nicht, ist herzlich gleichgültig, — es ist die Konsequenz ihres Siedlungsplanes.

Hier aber gerade springt das Utopische der ganzen Idee unmittelbar in die Augen. Haben wir denn Mangel an Produkten? Oder kommt nicht vielmehr heute viel mehr auf den Markt, als gekauft werden kann? Die neuen Agrarproduzenten werden sich mit den alten auf dem Markte treffen, die krisenhafte Überfüllung der Märkte wird sich weiter steigern, die Katastrophe wird beschleunigt fortschreiten. — Karl Krüger scheint bei dem kleinen Moritz Nationalökonomie gelernt zu haben.

Zugleich aber zeigt sich der reaktionäre Kern dieser bürgerlichen Siedlungsphantasien. Woher nimmt der Minister Treviranus das Land, um seine Karl Krügers zu züchten? Nimmt er es etwa aus dem Großgrundbesitz, dem die irrsinnige Zollpolitik der letzten Jahre es ermöglicht hat, die technische Rückständigkeit zum Prinzip zu erheben und weite Flächen guten Landes brach liegen zu lassen? Es ist keine Frage, daß er daran nicht denkt. Aber er war sogar so ehrlich auszusprechen, auf welche Weise er dieses Land zu bekommen gedenkt. Er sprach davon, daß man den öffentlichen Landbesitz auf Jahre hinaus zur Verfügung stellen, und wenn nötig, enteignen müsse. Ein bürgerlicher Minister, der Besitz enteignen will? — Freilich, aber nur öffentlichen, nur solchen, der sich im Staats- oder Gemeindebesitz befindet! Beileibe nicht etwa Privatbesitz!

Das also ist die Quintessenz von den nationalökonomischen Phantasien der Karl Krügers. Kein Gedanke einer Krisenmilderung, im Gegenteil eine Krisenverschärfung. Keine Spur einer Besserung der sozialen Lage für irgend jemand — im Gegenteil: neue Bankrottexistenzen, die niemals vom Rande des furchtbarsten sozialen Elends sich zu entfernen in der Lage sein werden; nicht die Spur eines gesellschaftlichen Fortschritts — im Gegenteil: Schutz aller Privatinteressen auf Kosten der Gesamtheit und Zerstörung von Gemeinschaftsbesitz, da, wo erste Keime sich zeigen. Das sind die Grenzen, in denen sich die „Ideen“ bewegen, die das Hervortreten zur Überwindung seiner Krise hervorzubringen heute allein noch in der Lage ist. Wie gewaltig ist diesen jammervollen Ideen gegenüber der Gedanke der sozialistischen Planwirtschaft, die alle Produktion und alle Menschenkraft organisiert, den Interessen der Gesellschaft dienstbar machen will.

Und das ist der Weg, auf dem der Proletarier den Karl Krüger überwinden wird und das Proletariat die bürgerliche Gesellschaft der Ausbeutung!

Eisenstein und Tectum

Die Zweite Internationale zur Weltkrise

Paris, 2. November. In der Entschließung, die der hier tagende Vorstand der Sozialistischen Internationale gestern angenommen hat, heißt es u. a.:

„Die bisherigen Erfahrungen gestatten der Internationale nicht, große Hoffnungen auf die kapitalistischen Regierungen zu setzen. Bereits auf der sozialistischen Tagung in Wien sind ernste Warnungen laut geworden. Wenn sie befolgt worden wären, wenn man Deutschland sofort und bedingungslos die nötige Unterstützung gewährt hätte, wäre die Wirtschaftskrise gemildert und der Währungsfrage vorgebeugt worden. Angesichts einer verschärften Lage, die energiereichere und weitergehende Maßnahmen erfordert, muß man befürchten,

daß die Regierungen die gleiche Ohnmacht wie früher an den Tag legen.

Sie lassen es an Mut und Weitblick fehlen. Andererseits suchen die Führer des Industriekapitals, in ihrem unverünftigen Egoismus Heilmittel anzuwenden, die das Uebel nur noch verschlimmern können, wie

Herabsetzung der Löhne, Einschränkung der Rechte der Arbeiter, Vernichtung der sozialistischen Gesetzgebung.

Opfer der Krise, Opfer der Maßnahmen, durch die die Arbeiterschaft die Krise zu beheben sucht, Opfer auch der Verblendung der Regierungen, müssen die Arbeiter an den Tag denken, an dem sie nur auf sich selbst zählen können, nur auf ihre eigene Stärke. Die sozialistische Internationale ruft sie zum Handeln auf. Die Formen dieses Handelns sind und können nicht einheitlich sein. Sie schwanken entsprechend den Nationen, den Verhältnissen und den politischen Bedingungen, entsprechend auch der Art des Widerstandes auf den die Forderungen des Proletariats stoßen. Aber diese Aktion muß

hinsichtlich ihres Geistes und ihrer Ziele einheitlich bleiben, die Bemühung um die Solidarität, die der Kapitalismus zu seiner Rettung nicht durchzuführen vermag, muß von der Arbeiterklasse für ihre Verteidigung und ihre Befreiung durchgeführt werden.“

Wenn Worte einen Sinn haben, so verzweifelt der Vorstand der Sozialistischen Internationale daran, daß der Kapitalismus sich selbst retten kann; aber bedeutet die Schlussfolgerung nur, daß das internationale Proletariat zu seiner eigenen Verteidigung und Befreiung nun das für den Kapitalismus tun soll, was dieser selbst nicht zu tun imstande ist? Soll das internationale Proletariat den Arzt am Krankenbett spielen, um — nach Tannows These — später einmal die Erbschaft antreten zu können? Dann allerdings dürfte die Sozialistische Internationale auf falschem Wege sein! Denn immer wieder: nicht die Wirtschaft als solche, nicht der Produktionsapparat ist krank, krank ist das Wirtschaftssystem. Das muß geändert, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel muß aus den Händen der unfähigen „Wirtschaftsführer“ in Gemeineigentum überführt werden, wenn die Arbeiterklasse gerettet und befreit werden soll. Das ist die Aufgabe und ihre Durchführung erfordert freilich die internationale Solidarität der Arbeiterschaft, ein gleiches Gerichtetsein in Ziel und Geist! Mehr als je gilt heute das Wort von Karl Marx, daß das Proletariat zum Totengräber des Kapitalismus bestimmt ist; schon verpestet dessen verfallender Körper die Welt. Nicht ihn zu retten, ihn zu begraben ist Aufgabe und Ziel!

„Abrüstungsfeierjahr“ beginnt Deutschlands Antwort

Berlin, 2. November 1931.

Die Reichsregierung hat nachstehendes Schreiben, das von Reichskanzler Dr. Brüning in Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsaußenministers gezeichnet ist, an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet:

Herr Generalsekretär!

Auf Ihr Schreiben vom 2. Oktober 1931 beehre ich mich, Ihnen namens der Deutschen Regierung folgendes mitzuteilen:

In dem Bestreben, jede Maßnahme zu unterstützen, welche die Arbeiten der Abrüstungskonferenz erleichtern könnte, erklärt sich die Deutsche Regierung bereit, den am 29. September 1931 von der Völkerbundversammlung vorgeschlagenen einjährigen Rüstungsstillstand anzunehmen. Sie tut dies in der Annahme, daß die Antworten der anderen Regierungen, deren Mitteilung sie entsprechend dem vom Rate am 30. September d. J. angenommenen Bericht entgegen sieht, ebenfalls eine Zustimmung ohne wesentliche Vorbehalte enthalten.

Als Vertreter eines Landes, das bereits auf Grund vertraglicher Bindungen seine Rüstungen auf ein Minimum hat herabsetzen müssen, lege ich Wert darauf, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die durch den einjährigen Rüstungsstillstand sich ergebende Begrenzung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand nur als vorbereitender Schritt zur Erleichterung der Verhandlungen der kommenden Abrüstungskonferenz, nicht als eine Maßnahme zur Erfüllung der ihr gesetzten Aufgabe angesehen werden kann. Denn diese besteht nicht in einer Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes; sie umfaßt vielmehr vor allem eine wirksame Rüstungsverminderung bei den hochgerüsteten Staaten, die von dem Grundgedanken der Gleichberechtigung und des gleichen Rechts auf nationale Sicherheit für alle Signarstaaten ausgehen muß.

Ich bitte Sie, die zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Regierungen von diesem Schreiben in Kenntnis zu setzen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Brüning.

Die bei der Septembertagung des Völkerbundes beschlossene Rüstungspause soll bekanntlich am 1. November beginnen. Bis zum 31. Oktober abends hatten folgende Staaten der Rüstungspause zugestimmt: Luxemburg, Aegypten, Rußland, Albanien, die Schweiz, Japan, Spanien, Lettland, Tschechoslowakei, Chile, Belgien, Holland, Ungarn, Neu-Seeland, Australien, Dänemark, Italien und die Vereinigten Staaten von Amerika. Fast alle Regierungen weisen in ihrer Antwortnote auf die Vorbehalte hin, unter denen sie die Rüstungspause annehmen. Diese Vorbehalte bestehen hauptsächlich darin, daß gewisse Maßnahmen, wie „die normale Durchführung gesetzlicher Bestimmungen über die Streitkräfte, die Ausführung von Programmen für den Unterhalt und die Erneue-

rung von Materialien der Land-, See- und Luftstreitkräfte oder von Befestigungen und die Bereitstellung entsprechender Vorräte“, nicht für unvereinbar mit dem Prinzip des Rüstungsstillstandes gehalten werden. Verschiedene Regierungen, z. B. die Schweiz, Japan, Lettland, Belgien, erklären ausdrücklich, daß ihre Zustimmung nur für den Fall gelte, daß auch ihre Nachbarstaaten den Rüstungsstillstand annehmen.

Ausdrücklich betont USAmerika in seiner Note, es sei wohl selbstverständlich, daß das vorgesehene Rüstungsfeierjahr keine Anwendung finde auf laufende Bauten oder solche, über die vorher schon Bauverträge eingegangen worden sind.

Zwar enthält das deutsche Antwortschreiben einen derartigen Vorbehalt in ausdrücklicher Form nicht, aber da das ganze Panzerkreuzer-ABC bereits vom Parlament als Gesamtplan akzeptiert worden ist, der Etat, wenn wir nicht iren, bereits eine Rate für das schöne Spielzeug C enthält, so wird Herr Groener wohl keine Angst haben, daß die „Erziehung zum nationalen Wehrwillen“ durch das Schreiben des Reichskanzlers irgendwelchen „Schaden“ erlitten.

140 deutsche MacDonaldis im Spiegel des Klassenfeindes

Im „Berliner Tageblatt“ nimmt Theodor Wolff Stellung zum Ausfall der Wahlen in Großbritannien. Dabei schreibt dieser Mann, der stets ein feines Gefühl für das gezeigt hat, was der Bourgeoisie dienlich war, u. a. das Folgende:

„Aber wie die deutschen Rechtsparteiler allzusehr die Klüft übersehen, die sie von den konservativen Säulen des englischen Parlamentarismus trennt, so scheinen sie auch keinen Blick dafür zu haben, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ganz anders als die englische Arbeiterpartei verhält. Sie preisen MacDonaldis, was nur ein schmerzlicher Beitrag zu seinem Dornenkränze ist, und würden, wenn sie gerecht sein wollen, hundertundvierzig deutsche MacDonaldis loben können. Natürlich sind die Führer der deutschen Sozialdemokratie nicht so weit gegangen, wie der englische Premier, sie haben nicht gegen das Parteivotum gehandelt, sie haben ihre Partei nicht gesprengt, sondern halten sie zusammen. Führer und Partei haben gemeinsam die politische Taktik eingehalten, zu der sich MacDonaldis im Widerspruch zu seiner Anhängerschaft und auf ihre Kosten entschlossen hat. Ja, die deutsche Sozialdemokratie ist vielleicht noch staatsbewußter als MacDonaldis und Snowden, denn sie unterstützt eine bürgerliche Koalitionsregierung, in der sie weder die Leitung hat, noch einen einzigen Ministerposten besitzt. Wie traurig, daß man auf der Seite unserer echten Patrioten nur den Fremden, den Engländer, lobhuldig herausstreicht „und das Gute im eigenen Lande nicht anerkennt will!“

„Das Gute im eigenen Lande“ — gut für die großkapitalistischen Kreise, aus deren Interessensphäre heraus Theodor Wolff spricht — das sind die „140 deutschen MacDonaldis“ in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion...

Ausdehnung des Mandschurei-Konflikts?

Russisch-Japanische Spannungen

Wie englische Blätter melden, haben die militärischen Maßnahmen der Japaner in der Mandschurei zu einer Spannung zwischen Japan und Sowjetrußland geführt. Die Japaner stoßen angeblich in Richtung auf Chabin vor, um die chinesische Ostbahn zu beherrschen. Wenn die Japaner Tsitsikar, das sie zu erobern versuchten, eingenommen hätten, könnten sie Chabin dem russischen Einfluß entziehen und den Weg nach Blagowestschensk sperren. Russische Truppen seien bei Blagowestschensk bereits zusammengezogen worden. In Japan rechnet man bereits mit der Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit der Sowjetarmee.

Einer Meldung aus Port Arthur zufolge ist ein chinesisch-russischer Geheimvertrag abgeschlossen worden, worin der chinesische Präsident General Tschiangkai-schek sich verpflichtet, die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland wieder aufzunehmen, während die Sowjetregierung verspricht, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Mongolei einzumischen. 300 russische Güterwaggons mit Waffen und Munition sollen in den letzten Tagen über die mandschurische Grenze gerollt sein. Chinesische Führer glauben, daß 50.000 Mann Sowjettruppen bereit sind, dem japanischen Vormarsch entgegenzutreten.

Angora, 1. November. (Reuter.)

Der Sowjetkommissar des Äußeren, Litwinoff, der sich zu einem offiziellen Besuch in der Türkei befindet, hatte mit den kemalistischen Führern eine längere Unterredung über den chinesisch-japanischen Konflikt in der Mandschurei.

Protest gegen den japanischen Gewaltstreich

Entschließung des Exekutiv Ausschusses der II. Internationale.

Paris, 2. November.

Der Exekutiv Ausschuß der Zweiten Internationale hat gestern eine Entschließung angenommen, die sich mit dem chinesisch-japanischen Konflikt beschäftigt, und in der es heißt, der Exekutiv Ausschuß der Zweiten Internationale

protestiere mit Entrüstung gegen den „japanischen Gewaltstreich“ in der Mandschurei.

Japan trete das Selbstbestimmungsrecht der drei ostchinesischen Provinzen mit Füßen und schaffe für die Zukunft eine vom internationalen Standpunkt folgenschwere Gefahr. Es sei bedauerlich, daß der Völkerbund bis jetzt nicht in der Lage gewesen sei, diesen für den Frieden so gefährlichen Konflikt aus der Welt zu schaffen. Der Völkerbund möge die Räumung der Stellungen durchsetzen, die durch einen Gewaltakt bezogen wurden.“

Vorsicht! Grandi kommt!

Das Staatsdepartement trifft bereits jetzt außerordentliche Vorbereitungen, um den italienischen Außenminister bei seinem zehntägigen Besuch in Amerika zu schützen. Abgesehen von der Mobilmachung einer Heerschar von Geheimpolizisten und anderen Beamten in New York und Washington ist nach einer hier ausgegebenen Meldung beschlossen worden, den Empfang im New Yorker Rathaus, der fremden Staatsmännern bei einem offiziellen Besuch stets zuteil wird, in Wegfall kommen zu lassen.

Die Freiheit der deutschen Republik

Die Polizei hat Sonntag abend in Elmschenhagen bei Kiel eine Versammlung von Mitgliedern der Kommunistischen Partei ausgehoben und sämtliche Teilnehmer verhaftet. Ueber den Grund der Festnahmen wurde im Interesse der Untersuchung nichts Näheres mitgeteilt.

Herabsetzung der internationalen Schulden?

Laval zeigte einen „Silberstreifen“

Paris, 1. November.

Ministerpräsident Laval hat am Bord der „Isle-de-France“ dem Außenpolitiker des Paris Midi verschiedene Fragen betreffend die Washingtoner Besprechungen beantwortet. Er erklärte u. a. zur Frage, was die Worte des gemeinsamen französisch-amerikanischen Communiqués „neue Regelung“ bedeuteten: „Wir haben für die Periode wirtschaftlicher Depression eine Neuregelung der zwischen den Völkern schwebenden Schulden in Aussicht genommen, ohne jedoch die Bedingungen und Modalitäten des neuen Abkommens präzisiert zu haben.“ Auf die Bemerkung des Journalisten, daß also nach allem Anschein Amerika zum ersten Male die Eventualität einer Schuldenerherabsetzung anerkenne, erwiderte Laval: „Das ist keine schlechte Auslegung des Communiqués.“ Auf die Frage nach den Reparationen antwortete der Ministerpräsident: „Selbstverständlich sind auch diese bei den künftigen Vereinbarungen für die wirtschaftliche Depressionsperiode vorgesehen“, jedoch lehnte Laval es kategorisch ab, sich eingehender zu äußern und betonte nur noch, er habe die Gewißheit, daß die Washingtoner Reise sehr nützlich gewesen sei.

Drei Wochen Calmette-Prozeß

(Eigener Bericht der „SAZ“)

F. Lübeck, den 2. November 1931.

Am 12. Oktober begann in der Hauptturnhalle in Lübeck das gerichtliche Nachspiel des furchtbaren Kindersterbens vom Frühjahr des vorigen Jahres. Drei Wochen sind seitdem vergangen, ein Ende ist noch nicht vorzusagen. Viel weniger noch ist Klarheit zu bekommen über den Grund der Katastrophe. Lübeck führte die Calmette-Schutzimpfungen gegen Tuberkulose als erste deutsche Stadt ein, obgleich das Reichsgesundheitsamt dem Mittel noch nicht zugestimmt hatte. 73 Säuglinge waren die Opfer. . . .

Kinder, die kerngesund geboren wurden, starben in schrecklicher Weise an der Tuberkulose, gegen die sie geschützt werden sollten.

Der Prozeß bringt keine Sensationen, die meisten Pressevertreter sind abgezogen, nur wenige Sachverständige sind noch da. 14 Rechtsanwälte sind teils als Verteidiger, teils als Vertreter der Eltern tätig, Namen wie Alsborg und Frey sind unter ihnen.

14 Tage dauerte allein die Angeklagtenvernehmung. Obermedizinalrat Dr. Altstädt, der für die Einführung des Verfahrens verantwortlich ist, verteidigt das Mittel und schiebt damit die Schuld auf das Laboratorium ab. Professor Deyke, Direktor des Lübecker Krankenhauses und Wissenschaftler von Ruf, gibt Calmette die Schuld. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß sich die Virulenz des Bazillus Calmette-Guérin steigern und somit wieder für den Menschen schädlich werden könne. Die beiden anderen Angeklagten, Prof. Klotz, der Leiter des Kinderhospitals und die Schwester Anna Schütze, treten mehr in den Hintergrund.

Die beiden Hauptangeklagten versuchen also, die Schuld einer auf den andern abzuwälzen. Die wissenschaftliche Frage Prof. Deykes wird im Prozeß sicher nicht gelöst werden können. Wichtig ist aber folgendes: 1. warum führte Altstädt das zumindest nicht unbedingt sichere Verfahren in Lübeck ein? Für wissenschaftliche Experimentierversuche an Kindern darf das Gericht kein Verständnis haben. 2. War das Laboratorium Prof. Deykes für die Kulturen geeignet? Er hat das Calmette-Mittel nicht nach den Anweisungen Calmettes hergerichtet. Im gleichen Schrank, in dem das BCG aufbewahrt wurde, standen auch menschliche Tuberkelkulturen.

Es wurde also erstens voreilig gehandelt und zweitens die nötige Vorsicht außer acht gelassen, dieses dürfte sich schon jetzt feststellen lassen.

Man steckt noch mitten in der Zeugenvernehmung. Ob die Angeklagten bestraft werden, ist ungewiß, sicher ist nur, daß das Leid von 73 Eltern bleibt. . . .

Der Pferdeomnibus kommt wieder

Am Vorabend des „Sparsamkeitstages“ hat die hauptstädtische Verkehrskommission in Budapest den Beschluß gefaßt, einige Autobuslinien, die nicht rentabel waren, abzuschaffen und dafür die alten Pferdeomnibusse wieder einzustellen.

Opfer des Imperialismus



Flüchtlinge in der Mandchurei

Von chinesischen Flüchtlingen belagerte Bahnstation an der mandchurisch-chinesischen Grenze. Nach dem Vordringen der Japaner verlassen sie die Mandchurei, um sich in das Innere Chinas zu begeben.

Zellenlose Gefängnisse

Seit über zehn Jahren besteht bei Singeshult in Westschweden eine Strafgefängnis-Kolonie, welche weder Mauern noch Zellen, ja beinahe sogar keine Wachen aufweist. Die Gefangenen werden lediglich auf Ehrenwort verpflichtet, nicht zu entweichen. Wie der Leiter des schwedischen Gefängniswesens kürzlich mitteilte, ist in zehn Jahren kein einziger Fall von Meuterei bzw. Flucht bekanntgeworden. Die Gefängnisverwaltung beabsichtigt, in Zukunft auch in anderen Teilen Schwedens ähnliche „zellenlose Gefängnisse“ zu errichten.

Wie wäre es mit einem ähnlichen Versuch in Moabit?

Wein als Feuerlöschmittel

Bei Groß-Kanizsa in Ungarn verbreitete sich dieser Tage auf einem Weinberge ein Feuer, das wegen der stürmischen Witterung außerordentlich rasch um sich griff und wegen Wassermangel nicht zur rechten Zeit unterdrückt werden konnte. Schließlich führte man in drei in Brand geratene Weinkeller Schläuche ein und versuchte auf diese Weise das Feuer mit Wein zu löschen. Der Erfolg war einigermaßen auch befriedigend. Zum Löschen verbrauchte man mehrere 100 Hektoliter Wein, was den Brandschaden nicht wesentlich verringerte.

Ueber die Berliner

Bevölkerungsbewegung

Nach Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin sind im September d. Js. 3031 Geburten und 3395 Sterbefälle zu verzeichnen. Zugezogen sind in der gleichen Zeit 22 121 und fortgezogen 23 421 Menschen. Die Verlustziffer beträgt für diesen Monat 1664, die Einwohnerzahl am 1. Oktober 4 286 953.

Um die Wiederaufnahme eines Mordprozesses

Aus Breslau wird gemeldet: Der am 4. Oktober 1929 vom Schwurgericht in Breslau wegen Ermordung des Sittenmädchens Schulz zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilte Pohl hatte die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Das Landgericht erklärte die Wiederaufnahme für zulässig, verwarf aber nach der Beweisaufnahme den Wiederaufnahmeantrag. Die von dem Vertreter Pohls hiergegen eingelegte Beschwerde gab dem Generalstaatsanwalt Anlaß, eingehende Ermittlungen darüber aufzunehmen, ob ein anderer als Täter in Frage kommen könnte. Im Verlauf dieser Ermittlungen sind Zeugen darüber vernommen worden, ob etwa der vom Schwurgericht in Breslau wegen Ermordung seiner Frau und des Sittenmädchens Christen zum Tode verurteilte Schieweck die Tat begangen haben könnte. Einige Zeugen wollen Schieweck am Abend der Tat in der Nähe der Gerbergasse gesehen haben, wo sich Pohl seinem Geständnis nach um die gleiche Zeit ebenfalls aufgehalten hat. Schieweck hat nun das Geständnis wiederholt, das er bereits früher auf der Polizei abgelegt, dann aber in der gegen ihn eröffneten Voruntersuchung widerrufen, wonach er die Schulz erstochen habe. Zur Zeit werden noch Ermittlungen darüber angestellt, ob die Einzelheiten dieses Geständnisses zutreffen.

Saffran und Kipnik begnadigt

Die im März dieses Jahres wegen Mordes und Brandstiftung zum Tode Verurteilten Saffran und Kipnik sind vom Preußischen Staatsministerium zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt worden.

§ 218

Ein Lübecker Arzt plötzlich verhaftet!

F. Lübeck, 2. November.

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Gegen einen Lübecker Kassenarzt, der sich gerade bei der Arbeiterschaft ein besonderes Vertrauen erworben hatte, wurde eine anonyme Anzeige wegen Vergehens gegen den § 218 erstattet. Die Untersuchung soll die Bestätigung des Verdachtes ergeben haben. Der Arzt wurde sofort in Untersuchungshaft genommen.

In anderen Fällen pflegt die deutsche Justiz nicht so präzise zu arbeiten!

Milde Richter

Arzt und Krankenschwester wegen fahrlässiger Tötung verurteilt

Das Essener Schöffengericht verurteilte den Arzt Dr. Glettenberg wegen fahrlässiger Tötung an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu 400 Mark Geldstrafe und die Krankenschwester Dominica an Stelle einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen zu 300 Mark Geldstrafe.

Zwei lungenkranke Patienten waren in das Werdener Krankenhaus übergeführt worden, um hier einen Stillstand ihrer Krankheit herbeizuführen. Der leitende Arzt, Dr. Glettenberg, hatte

ein neues Betäubungsmittel, Percain, eingeführt. Während das frühere Betäubungsmittel, Novocain, in Tabletten zu 0,05 Gramm hergestellt worden war, wurde das Percain von einem Werdener Apotheker in Tabletten zu 0,1 Gramm geliefert. Die Schwester übersah das und stellte für die beiden Patienten eine Lösung von vierfacher Stärke her, die vom Arzt auch eingespritzt wurde. Als Dr. Glettenberg nach einer halben Stunde das Operationstuch wegzog, mußte er zu seinem Entsetzen feststellen, daß

beide Patienten gestorben waren.

Der Staatsanwalt hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß der verantwortliche Arzt zumindest die Bereitung der Lösung überwachen müsse. Deshalb trage Dr. Glettenberg auch die größere Schuld an dem Unglück.

Ein Flugzeug aus Kistenbrettern

Ein Flugzeugamateur Franz Kratochvil hat in Troppau ein Flugzeug erbaut, welches eine seltsame Konstruktion aufweist. Als Baumaterial hat Kratochvil lediglich gewöhnliche Kistenbretter benutzt, auf denen er Leinwand mit groben Nägeln befestigte. Den Propeller schnitzte er mit der Hand aus zwei Stücken Hartholz. Als das Flugzeug das erwünschte Gleichgewicht nicht aufwies, nagelte er an den einen Flügel ein Brett. In diesem eigenartigen Flugwrack unternahm er einen Flug von Prag nach Olmütz bei einer Witterung, bei der noch nicht einmal die Militärflugzeuge aufstiegen. Als er in Olmütz ankam, zerfiel das Flugzeug buchstäblich unter seinen Händen, aber immerhin — er hatte sich bei der Landung nicht den geringsten Schaden zugezogen.

Wer keine Wahl hat, hat die Qual

Von F. C. WEISKOPF

(Aus dem Novellenband „Der Traum des Friseurs Cimbara“, Copyright by Malik-Verlag, Berlin.)

Kein einziger meldete sich bei den Meistern.

Streik!

Das ereignete sich am Montag und Dienstag nach den „Vierzig Märtyrern“ im Sägewerk. Und am Sonnabend erschien bei ihnen in der Ziegelei zu ganz ungewohnter Vormittagsstunde der alte Kotrejš, der Großbauer und Ziegeleibesitzer. Pulkrabek sah ihn zuerst gar nicht, weil er gerade in einer Ecke zerbrochene Ziegelformen zusammenflickte, — aber man weiß doch, wie das ist, wenn der Unternehmer unvermutet unter seinen Arbeitern auftaucht! Sofort merkt jeder, daß er da ist, selbst wenn er ihn noch überhaupt nicht zu Gesicht bekommen hat: die Frauen beugen sich tiefer über ihre Arbeit und werken geräuschvoller mit den schmatzenden braunen Lehmklumpen herum; die Tagelöhner karren ihre Lasten eiliger über die sich biegender Laufbretter auf die Arbeitstische und kippen die Schubkarren mit ungewohnt schneidigem Schwung; der ganze Arbeitstakt wird hart und kurz, und aus den langgezogenen, singenden Rufen zwischen Lehmbruch und Tischen werden knappe, scharfe Befehle. . . .

Er merkte also gleich, daß Kotrejš gekommen war, ließ die Form liegen, an der er gerade nagelte, und lief ihm entgegen. Schon von weitem sah er, daß irgendwas nicht stimmte.

Nun, und dann verschwanden sie — die Arbeiter hinter ihnen fingen gleich zu zischen

an — in der Kanzlei, das heißt in dem wind-schiefen Verschlag, wo ihnen der Alte immer den Lohn auszählte. . . und gleich ging es los. Mit der Faust auf die Tischplatte, daß die Ziegelprober und Schreibsachen einen rasselden Tanz aufführten!

„Verfluchtes Gesindel, arbeitsscheues! Nie zufrieden! Immer aufsässig! — Aber wartet nur!“

Und ohne den verdutzten Pulkrabek überhaupt zu Worte kommen zu lassen, schnurrte Kotrejš sein Donnerwetter herunter:

Pack! — Aber sie sollten sich diesmal verrechnen! Ins eigene Fleisch würden sie sich schneiden! Jajaja! Streiken? — Gut! Nicht arbeiten? — Sehr gut! Aber dann würde eben niemand arbeiten! Niemand! Hart auf hart, — und wenn auch Funken fliegen müßten! Er halte es schließlich und endlich aus, wenn die Ziegelei einmal zwei Wochen lang stillstehe. Oder einen ganzen Monat! Er schon! Sie dagegen. . . .

Und so fort, in einem Zug, bis ihm der Atem ausging, worauf dann Pulkrabek benommen und verwirrt seine ersten Worte hervorstottern konnte:

Was sie denn eigentlich mit all dem zu tun hätten? Sie hier in der Ziegelei? Mit dem Streik im Sägewerk unten und überhaupt? Was in aller Welt sie damit zu tun hätten?!

„So — ?! Nichts vielleicht?! Nichts?!“

Und gleich darauf dürr, trocken und gleich-

gütig, — aber hinter der scheinbaren Ruhe brodelnde Wut:

„Von übermorgen ab — Schluß mit der Arbeit. Aussperrung! Ohne Arbeit im Sägewerk keine Bretter, ohne Bretter kein Bau, ohne Bau kein Bedarf an Ziegeln! — Verstanden?“

Uebrigens läge es nur in ihrer Hand, daß wieder gearbeitet würde. Sie brauchten bloß den Hohlköpfen unten in der Säge klar zu machen, daß. . . Na, sie wüßten ja schon selber!

II.

Aussperrung.

So also ist das:

Früh steht man zu gewohnter Stunde auf, obwohl man es nicht müßte, obwohl man Zeit hätte zum Weiterschlafen; geht hinauf zur Ziegelei.

Der Weg ist der alte und die Pflaumbäume, die ihn begleiten, auch, und die Lehmbrüche drüben haben sich auch nicht verändert. Und die Ziegelei hinter den Hügeln steht auch noch da wie sonst, und wenn man auf der Höhe angelangt für einen Augenblick haltmacht und zu ihr hinüberlugt, so kommt es einem fast so vor, als arbeiteten unten an den Tischen wie gewöhnlich die sechzehn Frauen mit Lehm und Holzform.

Alles ist also ganz wie früher und man glaubt sogar, das blecherne Eßgeschirr zwischen Arm und Hüfte zu spüren. . . bis man dann mit einemmal gewahr wird, daß der Bau säuberlich übereinander geschichteter Rohziegel sich gelockert hat; bis man auf umgestürzte Karren und spinnwebberzogene Formen stößt.

Auf den Tischen letzte Reste eingeschlafener Arbeit, — graue, steinhart gewordene Lehmklumpen, in deren vielen Rissen Ameisen und kleine Spinnen herumkrabbeln.

„Pfui Teufel!“

Eine Weile stolpert er zwischen den Tischen herum; geht zu den Lehmbrüchen hinüber und wieder zurück. Dann macht er, daß er wegkommt. Trabt die Chaussee hinunter zum Sägewerk, das genau so starr und leblos daliegt wie die Ziegelei. Unterwegs begegnet er ein paar Kameraden, die mißmutig dem Wald zutrotten — Reisig sammeln. Im Dorf dann kommt er an anderen vorbei, die — n x-tenmal schon — etwas an ihren Tischen ausbessern; oder wieder an anderen (da ist er aber schon an den letzten Häusern vorbei), die auf der flachen Uferböschung sitzen und angeln — das sind die wenigen Glücklichen, die eine Fischereilizenz haben. Und den Rest trifft er dann unten an der Südmauer des Sägewerks bei den Streikposten. Dort liegen sie auf ein paar alten Säcken herum, rauchen Kartoffelkraut und spielen „Ferbl“.

Alle sind sie etwas zerfahren und mürrisch, brausen ohne rechten Grund auf und schimpfen. Sind gar nicht mehr so wie in den ersten Streiktage. Das Feiern dauert eben doch schon ein wenig lang, und wenn ihnen der Hunger auch noch nicht an der Kehle sitzt (jeder hat ja sein Zipfelchen Kartoffelacker, seine paar Karnickel und Hennen und vielleicht gar eine Ziege), so hält das bißchen Vorrat doch nicht mehr lange vor und bis zur Ernte ist es noch eine hübsche Weile.

Und dann sind ja auch die jungen Burschen nicht mehr unter ihnen. Die frechen Kerle mit den schief aufs Ohr gesetzten breitschirmigen Mützen und den grell flackernden Halstuchenden. Haben sich anderswo eine Arbeit gefunden. Nur die Aelteren sind hier geblieben, die nicht fortkönnen, weil sie ihre Hütten hier haben, ihre Frauen und Kinder.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft und Arbeit

Die Schlichtungs- maschine defekt

Es war in den letzten Jahren immer dasselbe Spiel: die Unternehmer benutzen regelmäßig den Ablauftermin eines Tarifvertrages, um eine Lohnkürzung zu verlangen, die etwa das Doppelte von dem betrug, was sie wirklich durchzusetzen dachten. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, der staatliche Schlichter griff ein, und seine sogenannte „Neutralität“ äußerte sich in einem Spruch, der die Unternehmerforderungen zu 50 Prozent erfüllte. Um das Zusammenspiel hinter den Kulissen zu verschleiern, leisteten sich die Unternehmervertreter den Sport, den gefällten Spruch abzulehnen, er wurde verbindlich erklärt — ein „Erfolg“ in den Augen unserer Gewerkschaftsführer, eine reale Verschlechterung für die Gewerkschaftsmitglieder. Das System der staatlichen Schlichtung hat in den Jahren guten Geschäftsganges die deutschen Gewerkschaften daran gehindert, die Löhne zu erhöhen, im ersten Stadium der Krise diente es der Verhinderung jedes ernsthaften Widerstandes gegen den Lohnabbau. Es fesselte die Kräfte der Gewerkschaften, während die Unternehmer durch direkten und indirekten Druck ihren Willen regelmäßig durchsetzten.

Bei der jetzigen Verschärfung der Krise halten sich die deutschen Unternehmer für stark genug, ohne das Mittel der staatlichen Einmischung die Arbeitsbedingungen und Löhne diktieren zu können. Sie wollen heraus aus dem Tarifvertragssystem, sie wollen keine Bindung auf Monate hinaus, sondern einen vertragslosen Zustand. Sie empfinden Schiedsverträge als störend für das „freie Spiel der Kräfte“, in dem bei einer ständig wachsenden Arbeitslosigkeit die stärksten Trümpe in ihrer Hand sind. Sie glauben das wenigstens, denn das Anwachsen der nationalsozialistischen Welle und die Passivität der proletarischen Massenorganisationen, vor allem der Gewerkschaften, bestärkt sie in dem Wahn, sie könnten heute nach alter Art den deutschen Arbeitern diktieren ohne mit einem nennenswerten Widerstand rechnen zu müssen.

Offen erklären daher die Industriellen, sie würden sich um Schiedssprüche, die nicht hundertprozentig ihr Verlangen erfüllen, nicht kümmern. Für die Gewerkschaften entsteht in dieser Situation die Frage, ob sie in dem unausweichlichen Kampf der größten Berufsgruppen ihre eigenen Forderungen oder die Kompromisse der staatlichen Schlichtungsinstanzen verteidigen sollen. Wir glauben, die deutschen Gewerkschaften haben keine Veranlassung, als Ausgangspunkt der Mobilisierung ihrer Mitglieder, für die es höchste Zeit geworden ist, die arbeiterfeindliche Funktion und Praxis der staatlichen Schlichtungsmaschinerie zu nehmen. Dafür wird es nicht gelingen, das Höchstmaß von Energie zu entfalten, das heute gegenüber dem Generalangriff des Großkapitals nötig ist. Wenn die Schlichtungsmaschine defekt geworden ist, soll man sie zum alten Eisen werfen und die Klassenkräfte des Proletariats auf ein sozialistisches Kampfprogramm konzentrieren, das die Sprengung des tödlichen Ringes der Kapitaldiktatur als Grundlage und die lohnpolitischen Forderungen der Gewerkschaften als Ausgangspunkt hat.

Keine Zahlungsfähigkeit Rußlands

Berlin, 31. Oktober. Zu den Presseveröffentlichungen über die russischen Zahlungsverpflichtungen teilt der Rußlandauschuß der Deutschen Wirtschaft, dessen Geschäftsführung sich beim Reichsverband der Deutschen Industrie befindet, mit, daß die über angebliche Moratoriumsverhandlungen verbreiteten Gerüchte jeder Grundlage entbehren und daß keine Gründe vorliegen, das bisherige Vertrauen zur russischen Zahlungsfähigkeit anzuzweifeln. Wir wir hierzu erfahren, deckt sich die Auffassung des Rußlandauschusses mit der der zuständigen Stellen.

Der Bau der Automobilwerke in Nischinowgorod beendet

Moskau, 1. November. Der Bau der großen Automobilwerke in Nischinowgorod, die als die größten der Welt bezeichnet werden, ist, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, beendet. Die Werke, die mit den besten ausländischen Fabrikeinrichtungen versorgt sind, bestehen aus 52 Werkstätten auf einer Fläche von 250 000 Quadratmetern. Die Werke werden jährlich 140 000 Automobile erzeugen. Eine Reihe von Werkstätten ist bereits in Betrieb gesetzt. Alle Montagearbeiten sind in vollem Gange und werden bis zum 1. Januar 1932 beendet, zu welchem Zeitpunkt dann die Werke zum vollen Betriebe bereit sein werden.

Die große Kluft Die Arbeitslosen und der Lohnkampf

Seit Wochen wird in Gewerkschaftsblättern die Frage erörtert, ob zwischen den noch beschäftigten Arbeitern und den Erwerbslosen eine gewisse Gegensätzlichkeit oder gar eine Kluft bestehen und mit welchen Mitteln dieser Gegensätzlichkeit vorgebeugt und die Kluft überbrückt werden kann.

Die Beschäftigung mit diesem Problem kommt reichlich spät, obwohl es für die Arbeiterbewegung von ungeheurer Bedeutung ist. Seitens der SPD. wurde es fast nur deklamatorisch behandelt und durch die Tolerierpolitik überschattet, und die Gewerkschaften ließen sich leider nur allzusehr durch die Rücksichtnahme auf die Taktik der SPD. bestimmen, die ja im großen und ganzen auch ihre Taktik war. Um so mehr Veranlassung liegt für die Sozialistische Arbeiterpartei vor, gemäß ihren programmatischen Forderungen und ihrer Auffassung von dem Wesen der gegenwärtigen Krise das Problem mit aller Gründlichkeit und Offenheit zu behandeln.

Daß inzwischen den Erwerbslosen und den Arbeitenden eine Gegensätzlichkeit, vielfach sogar eine Kluft schon besteht, kann nicht geleugnet werden. Die Schärfe der Gegensätzlichkeit und die Breite der Kluft sind verschieden, sie hängen ab von mancherlei Faktoren. So dem Alter der Erwerbslosen, der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit, der Berufsart und anderem mehr. Es spricht auch mit, ob die Erwerbslosen etwas Land- und Gartenwirtschaft betreiben, ihren Bedarf an Kartoffeln und Gemüse selbst decken, ob sie Kleintierzucht haben, ob sie auf dem Lande wohnen oder in Industriezentren zusammengeballt sind. Aber ob so oder so, ein Gegensatz zwischen all diesen Erwerbslosen und den Beschäftigten beginnt sich aufzutun, wenn auch teilweise noch eingedämmt durch gewisse traditionelle Hemmungen.

Die permanente Arbeitslosigkeit

„Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein des Menschen“, ist Grundregel sozialistischer Betrachtungsweise. Dauererwerbslosigkeit mit all ihren Folgen beeinflussen das Bewußtsein, anders als das Beschäftigtsein, die Erwerbstätigkeit. Gewiß, der Erwerbstätige und der Arbeitslose sind beide Proletarier, beide verfügen nur über ihre Arbeitskraft. Während aber der eine für seine Arbeitskraft noch einen Käufer hat, wenn auch einen schlecht zahlenden Käufer, kann der andere einen solchen Käufer nicht finden. Aus dieser Tatsache, die das Kernproblem der Auseinandersetzungen über die Kluft zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen ist, ergeben sich Weiterungen, die, beiseite zu schieben, eine Gefahr für die Arbeiterbewegung wäre.

Solange die Aussicht besteht, daß die Arbeitslosigkeit nur vorübergehend ist, daß die Stempelwochen bald wieder abgelöst werden durch die Wiedereinschaltung in den Produktionsprozeß, in die Reihen des Arbeitsheres, wird das Denken und Fühlen des Arbeitslosen kaum eine Wandlung erfahren.

Heute liege ich zwar draußen, aber morgen oder in kurzer Zeit stehe ich wieder am Webstuhl für den Zeitpunkt, wenn er vom Stempelbruder zum Arbeitsbruder wird. Die industrielle Reservearmee, als Druckmittel des Unternehmertums gegen die Arbeitenden gedacht, verliert damit ihren Schrecken. Der Wille zum Widerstand wird bei den Arbeitenden gestärkt und nicht geschwächt.

Aber — und das ist ein ungemein wichtiges Merkmal des Problems — bei einem sehr großen Teil der Arbeitslosen ist die Hoffnung völlig geschwunden, je wieder Arbeit zu erlangen. Nicht nur weil viele infolge jahrelanger Unterernährung entkräftet und dadurch für ihren Beruf untauglich geworden sind, sondern auch weil während ihrer Arbeitslosigkeit die Arbeitsmethoden eine völlige Umwandlung erfahren haben und sie deshalb „im Betrieb nicht mehr mitkommen“. Sofern sie jung sind, winkt vielleicht noch eine Gelegenheitsarbeit, für die älteren besteht selbst eine solche Aussicht nicht mehr. Am aussichtslosesten sind die Dinge für männliche und weibliche Angestuhler, am Schraubstock, an der Hobelmaschine, sagt er sich. Sein Denken, sein Handeln, sein Wollen sind identisch mit dem schaffenden Kollegen. Jeder Angriff auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen des schaffenden Kollegen löst bei dem Erwerbslosen die gleichen Gefühle und den gleichen Abwehrwillen aus, wie bei dem, gegen den der Angriff des Unternehmers gerichtet ist. Arbeitende und Arbeitslose verbindet eine feste und innige Solidarität. Der Erwerbslose hat das Bewußtsein, daß seine arbeitenden Kollegen, die sich gegen Lohnabbau und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wehren, damit auch seine Schlachten schlagen. Ihre Abwehr kommt auch ihm zugute, wenn nicht jetzt, so stelle; wer 35 Jahre zählt und infolge längerer Erwerbslosigkeit nicht mehr „gut in Kluft“ ist, bleibt endgültig draußen. Die erwerbslosen technischen Angestellten rech-

nen höchstens noch mit einem Engagement nach Sowjetrußland. Ist bei den Angestellten die Lage der über 35 Jahre alten hoffnungslos, so bei den handwerklich geschulten Arbeitern die der Ausgelernten. Nur ein Bruchteil wird nach vollendeter Lehrzeit weiter beschäftigt. Die Mehrzahl lehrt auf die Strafe, ohne Aussicht auf Arbeit, aber auch ohne Aussicht auf Erwerbslosenunterstützung.

Diese dauernd zum Feiern Gezwungenen, diese vom Verkauf der Arbeitskraft ausgeschlossenen Proletarier bilden eine neue gesellschaftliche Schicht. Heute von etwa fünf Millionen, im Winter von vielleicht sieben und mehr Millionen. Kindlich der Glaube, als ob diese Millionen je wieder in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingeschaltet werden. Denn neue verbesserte Maschinen, welche menschliche Arbeitskraft überflüssig machen und trotz verminderter „Händezahl“ ein Mehr an Gütern erzeugen, sind für fast alle Industriezweige und für den kaufmännischen Betrieb vorbereitet. Auf ihre Einführung wird der Kapitalismus nicht verzichten.

Für alle diese Dinge haben die Arbeitslosen ein durch ihr Mißgeschick geschärft Auge. Deutlich erkennen sie die Ursachen ihrer Arbeitslosigkeit. Es ist das kapitalistische System, das sie auf die Strafe der Verlorenen gestoßen hat und das keine Rücksichten gegenüber seinen Opfern kennt. Darum auch ihre Erbitterung gegen das System, gegen alles, was mit ihm zusammenhängt oder es zu erhalten sucht. Wer das System stützt, wer es toleriert, wer nicht mithilft es zu beseitigen, ist Feind der Arbeitslosen. Jeder Abbau der ohnedies kargen Unterstützung schnürt die Erbitterung der Arbeitslosen. Wer hiergegen und gegen das kapitalistische System nicht mit aller Energie ankämpft, hört an allen Stempelstellen sein Urteil.

Der Kapitalismus ist die Krise

Nur bei voller Berücksichtigung der angeführten Gesichtspunkte wird man der Lösung des Problems näher kommen, wie die Kluft zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen beseitigt oder wie ihr vorgebeugt werden kann. Die häufig gemachten Vorschläge, die arbeitenden Kollegen mögen sich mit ihrem erwerbslosen Kollegen unterhalten, man möge Kurse für die Erwerbslosen einrichten und gesellige Veranstaltungen arrangieren, werden kaum einen Erfolg zeitigen. Damit kann man vielleicht die Arbeitslosen etliche Stunden seelisch befriedigen, aber das graue Elend in den erbärmlichen vier Wänden, die absolute Hoffnungslosigkeit der älteren Arbeiter und Angestellten und die Aussichtslosigkeit der Jugendlichen sind stärker als wohlwollende Zwiegespräche, Unterrichtskurse und gesellige Unterhaltungen. Die aus dem Produktionsprozeß Ausgestoßenen verlangen Arbeit. Dieses System aber versagt ihnen Arbeit und läßt sie hungern. Deshalb fordern sie die Beseitigung dieses Systems, die Aufnahme des schärfsten Kampfes gegen dieses System. Ihre Forderung wird um so stürmischer, je mehr die Armee der Ausgestoßenen anschwillt.

Die Sozialistische Arbeiterpartei schält in ihrem Aktionsprogramm die Kernfrage des gesamten Problems scharf heraus. Klar zeigt sie den Weg zur Überwindung des Kapitalismus und damit zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus fordert sie die soziale Sicherstellung der Proletarier, die von der heute herrschenden kapitalistischen Anarchie aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden wurden. Sie fordert ferner, daß alle einschränkenden Bestimmungen der Notverordnungen gegen die Erwerbslosen sowie die einschränkenden Bestimmungen gegen die Saisonarbeiter aufgehoben werden. Und diese Forderungen stellt die SAP. nicht nur auf, sondern sie mobilisiert für diesen Kampf die breite Front der Arbeitenden und der Erwerbslosen. Auf dieser Plattform wird sie alle Proletarier einigen, die noch beschäftigten und die aus dem Produktionsprozeß ausgestoßenen, und damit den Sieg über den Kapitalismus verbürgen. C. M.

Oesterreichs Sozialdemokratie demonstriert für sozialistische Planwirtschaft

Wien, 1. November. In der Arbeiterzeitung fordert die Parteivertretung der deutsch-oesterreichischen Sozialdemokratie die Parteigenossen auf, zum 12. November, als dem Gedenktag der Revolution von 1918, zu Kundgebungen zu rüsten, die die Entschlossenheit der Arbeiterschaft ausdrücken sollen, weiterzukämpfen für die Organisation der Volkswirtschaft, um an die Stelle der „republikanischen Anarchie“ die sozialistische Planwirtschaft zu setzen.

Lohnabbauwelle

Dresden, 1. November.

Der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig hat das Lohnabkommen zum 30. November gekündigt.

Die heute im Lohnstreit der Arbeiter der ostsächsischen Textilindustrie stattgefundenen Verhandlungen vor dem Landesschlichter haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Sie werden an einem noch anzuberaumenden Termin fortgeführt.

Neuer Lohnkampf in der Metallindustrie Hagen-Schwelm

Hagen, 31. Oktober.

Der Märkische Arbeitgeberverband hat den Gewerkschaften erneut das bestehende Lohnabkommen zum 30. November 1931 gekündigt. Durch diese Maßnahme ist der eben erst beendete Lohnkampf, der eine Lohnsenkung von 6 Proz. brachte, in der Metallindustrie Hagen-Schwelm wieder aufgenommen worden.

Schiedsspruch für das Braunkohlenrandrevier.

Für das Braunkohlenrandrevier Düren wurde unter dem Vorsitz des Schlichters für das Rheinland ein Schiedsspruch gefällt, wonach der Spitzenlohn des gelernten Arbeiters über 20 Jahre 87 Pfg. beträgt. Im übrigen ermäßigt sich der Stundenlohn durchschnittlich um 7 Prozent. Der Schiedsspruch ist beiderseits angenommen worden.

Verbindlichkeitserklärung der Lohn-Schiedssprüche für Werft- und Hafenarbeiter.

In den Lohnstreitigkeiten bei den Seeschiffswerften und bei den Hamburger Hafenbetrieben sind die am 24. und 27. d. M. gefällten Schiedssprüche heute vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Die Arbeitgebergruppe Nordwest kündigt das Lohnabkommen.

Düsseldorf, 30. Oktober. Die Arbeitgebergruppe Nordwest hat das Lohnabkommen zum 30. November d. J. gekündigt. Die zur Zeit geltende Lohnvereinbarung, die eine Herabsetzung des Tarifstundenlohnes um 3 Pfg. brachte, ist ab 1. August in Kraft getreten und erstmalig zum 30. November kündigt.

Einigung in der Blei- und Zinkfabrikation Stolberg.

Köln, 30. Oktober. Bei den Nachverhandlungen über den Schiedsspruch für die Blei- und Zinkfabrikation Stolbergs einigten sich die Parteien auf den Vorschlag des Schlichters. Hiernach werden die Grundlöhne der Facharbeiter und Handwerker um 8 Prozent gekürzt. Die Prämien werden um 8 statt um 10 Prozent ermäßigt. Der Abbau bei den Grundlöhnen der Hilfsarbeiter beträgt einheitlich 3 Prozent, und im übrigen kann das Abkommen erstmalig zum Ende Februar 1932 gekündigt werden.

Gefahr für den Fünfjahrplan

Desorganisiertes Transportwesen

WTB. Moskau, 1. November. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion war in den Tagen vom 28. bis 31. Oktober zu einer Plenarsitzung zusammengetreten, in der Rechenschaftsberichte entgegengenommen und laufende Fragen aus der praktischen Arbeit erörtert wurden. Zum Bericht des Volkskommissars für Verkehrswesen wurde, wie die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion u. a. meldet, von der Plenarsitzung eine Entschliebung gefaßt, in der die Ablösung der bisherigen Leitung des Volkskommissariats für Verkehrswesen gebilligt und der neuen Leitung das Vertrauen ausgesprochen wird. In der Entschliebung wird ferner festgestellt,

daß das Eisenbahntransportwesen, da eine Reihe früherer Mängel noch nicht beseitigt seien, trotz einer gewissen Steigerung seiner Arbeit im Vergleich zum Vorjahre doch noch immer ein ernstes Hindernis für die erfolgreiche Durchführung des Volkswirtschaftsplanes bleibe.

Das Volkskommissariat für Verkehrswesen wird beauftragt, unverzüglich Vorbereitungen zu treffen, daß eine Anzahl wichtiger Arbeiten, wie die Elektrifizierung wichtiger Linien im Ural und Kusnezker Becken, der Bau neuer größerer Lokomotivtypen und der beschleunigte Bau neuer Brücken über die Wolga, die Oka und den Ob, in Angriff genommen werden.

In einer weiteren Entschliebung wird bemängelt, daß die Befriederung der Bevölkerung mit Waren noch nicht in befriedigender Weise durchgeführt wird, wofür die zum Teil bürokratische Einstellung der Organisation verantwortlich gemacht wird. Die Plenarsitzung beauftragt die Regierungs- und Wirtschaftsorgane, auch für eine Verbesserung in der Qualität der Produktion Sorge zu tragen.

Lokalblatt der SAZ

Mittelddeutschland

Plauen-Zwickauer Rundschau

Plauen, den 1. November 1931.

Aus dem Bezirk Südwestsachsen, in dem, um mit dem „Sächsischen Volksblatt“ zu sprechen, „niemand hinter Max Seydewitz steht“, ist zu melden, daß sich bis jetzt 77 Ortsgruppen konstituiert haben. In vielen weiteren Orten sind Vertrauensmänner vorhanden, die in den nächsten Tagen zu Ortsgruppengründungen schreiten werden. Das Vogtland, in dem es heute allein 38 Ortsgruppen gibt, ist vom Parteivorstand zum „politischen Hochwasser- und Notstandsgebiet“ erklärt worden. Ein Parteivorstandssekretär, ein Thüringer Sekretär, ein Zwickauer Redakteur sind zur dauernden Unterstützung des Unterbezirkssekretärs der SPD nach dem Vogtland gesandt worden, um dort noch zu retten, was zu retten ist.

Die Nervosität auf der anderen Seite zeigt sich auch in einem wütenden in höchstem Maße unsachlichen Kampfe gegen die Genossen der SAP. Die Plauener „Volkszeitung“ übertrifft darin noch das „Sächsische Volksblatt“. So hat mar dieser Tage in diesem zur unbedingten Parteivorstandstreue umgewandelten Organ eines ehemals oppositionellen Bezirks den beiden ehemaligen Redakteuren Zweiling und Hacke vorgeworfen, daß sie in der Zeit ihrer Redaktionstätigkeit die Parteigenossen systematisch belogen und betrogen hätten. Sie sollen Spaltungsmaterial sogar an die Kommunisten versandt haben. Den Beweis ist man bis heute schuldig geblieben. Das „Spaltungsmaterial“ hat sich als ein harmloser Zeitungskatalog erwiesen, den Genosse Zweiling einigen Markneukirchener Musikinstrumentenmachern zur Verfügung gestellt hatte, damit sie — Werbeinserate für Musikinstrumente in der Arbeiterpresse aller Richtungen in ganz Deutschland aufgeben konnten. Trotz zweimaliger Berichtigung blieb der verantwortliche Redakteur Eugen Fritsch dabei, daß beide Genossen Lügner und Betrüger seien. Vor den Friedensrichter zitiert, kniff er feige.

Genosse Kurt Rosenfeld sprach dieser Tage an einem Sonntag vormittag in einer überfüllten Versammlung in Plauen. 130 Mann Schutzbündler mußten stehen, damit die Versammlungsbesucher Platz fanden. Der Bericht der Volkszeitung, der in allen Punkten der Wahrheit widersprach, rief sogar Empörung in den Reihen der noch in der SPD verbliebenen Arbeiter wach. Es mußte festgestellt werden, daß die Zeitungen des bürgerlichen Klassegegners anständiger und sachlicher über die Versammlung berichteten als die Plauener Volkszeitung.

Nun darf sich auch das schwarz-rot-goldene Reichsbanner in den Spalten der Plauener Volkszeitung austoben. Wer sich noch im Zweifel darüber war, daß die SPD den entscheidenden Schritt ins Lager des Bürgertums vollzogen hatte, der wurde durch die Berichte des Reichsbanners eines besseren belehrt. Am 26. Oktober lasen wir über einen Reichsbanneraufmarsch in Treuen: „Nach einem begeisterten Hoch auf das Vaterland trennten sich die Kameraden und marschierten unter klingendem Spiel in ihre Heimatorte zurück.“ Ein gewisser Karl Marx schrieb in jener für die Sozialdemokratie längst antiquarisch gewordenen Schrift „Das kommunistische Manifest“: „Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“ Die Reichsbannerproleten aber mögen sich einmal überlegen, ob das Vaterland des Lohn- und Unterstützungsabbauers und der Klassenjustiz ein Hoch aus Proletarierkehlen wert ist.

Wo die SPD-Führung wirtschaftlichen Druck und Terror ausüben vermag, wendet sie rücksichtslos dieses Mittel an. Ein Arbeiter der Druckerei der Volkszeitung wagte es, sich zur SAP zu bekennen. Er wurde sofort gekündigt. Konsumlagerhalter, die Neigung zeigten, zur SAP zu gehen, wurde von zahlungsfähigen SPD-Konsummitgliedern — und wer ist heute außer den Partei- und Gewerkschaftsangehörigen noch zahlungsfähig? — bedeutet, daß sie in diesem Falle in einem anderen Laden einkaufen müßten. Dieser Tage hat der Genosse Albin Richter, Raschau, im „Sächsischen Volksblatt“ und in der Plauener „Volkszeitung“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er seine Rückkehr von der SAP zur SPD bekanntgibt. Dieser selbe Genosse Richter hatte kurz vor dem Erscheinen dieses Artikels auf der Unterbezirkskonferenz der SAP des Erzgebirges erklärt, daß die führenden SPD-Leute ihn unter wirtschaftlichen und seelischen Druck gesetzt hätten, um seinen Uebertritt zur SAP zu verhindern. Wer glaubt nach alledem, daß der Schritt des Genossen Richter freiwillig erfolgt ist, selbst wenn er es jetzt selbst beteuert?

Die von der Gewerkschaftsbürokratie abhängigen Gewerkschaftsfunktionäre wie z. B. die Unterkassierer werden von den Gewerkschaftsbeamten dauernd bearbeitet, es wird ihnen eingeredet, daß die Sozialistische Arbeiterpartei die Gewerkschaften spalten wolle, ein Unsinn, der auch von der Plauener Volkszeitung verzapft wird. Diese Leute wissen ganz genau, daß die SAP bereits auf ihrem Gründungskongreß ein Bekenntnis zur Einheit der Gewerkschaftsbew-

egung abgelegt hat. Ihre Lügen sollen lediglich die Gewerkschaftsfunktionäre verwirren. Die übelsten Geschichten über die Genossen Seydewitz und Zweiling erzählt in allen Versammlungen, in denen ihm kein Genosse von uns entgegentreten kann, der Landtagsabgeordnete Hartsch. Er wirft beiden vor, daß sie sich gegenseitig Honorare zugeschanzt hätten. Kein Wort davon ist wahr, wahr ist hingegen aber, daß Hartsch, der neben seinem Schullehrergehalt noch die absolut nicht kargen Landtagsdiäten bekommt, jeden in der Plauener Volkszeitung unter seinem Namen veröffentlichten Artikel bezahlt genommen hat, und daß er die Mitarbeit an der Zeitung eingestellt hat, als er die Artikel nicht mehr bezahlt bekam.

Daß der übriggebliebene Rumpf-Parteivorstand der SPD von Südwestsachsen restlos eingeschwenkt ist in die Linie des Parteivorstandes geht aus seinem am heutigen Tage verbreiteten Flugblatt hervor, in dem die Politik der Tolerierung bedingungslos verteidigt wird. „Mag man noch so oft mit der Stellung der SPD

Bezirkskonferenz der Oberlausitz

Am Sonntag hielt die SAP der Oberlausitz in Löbau ihre Bezirkskonferenz ab. Sie war ein prächtiger Beweis für die bereits geleistete Arbeit. Neunzig Delegierte und Vertrauensleute aus den verschiedensten Orten der Oberlausitz waren gekommen, um Einsicht in das bisher Geleistete zu nehmen und die Bezirksorganisation aufzubauen. Und es waren

Funktionäre, auf die wir mit Stolz blicken können, wie wir ja immer die Beobachtung machen konnten, daß gerade die wertvollsten proletarischen Kräfte aus dem Lager der SPD zu uns kommen. Für alle diese Menschen, die nicht von der Sache, sondern für die Sache leben, ist es einfach Lebensnotwendigkeit, für die neue Partei zu arbeiten. So war auch diese Konferenz, wie alle Versammlungen, die wir abhalten konnten, von einem Geist erfüllt, den wir in der alten Partei schon seit vielen Jahren nicht mehr vorgefunden hatten.

Mit Rücksicht auf den hessischen Wahlkampf war ein auswärtiger Redner nicht erschienen. Der Genosse Lorenz, Eibau, hatte das politische Referat übernommen. Er faßte noch einmal alle jene politischen und organisatorischen Ursachen zusammen, die zur Bildung der SAP geführt haben. Nicht organisatorische Schwierigkeiten der oppositionellen Genossen allein sind es, die ein Verbleiben in der alten Partei unmöglich machen. Es ist

der gesamte politische Kurs der SPD, der in immer stärkerem Widerspruch zu den Bedürfnissen und zur Klassenlage der proletarischen Massen gerät und der die SPD unweigerlich zu einer kleinbürgerlichen Partei werden läßt. Die proletarischen Massen wandern ab, einmal zu den Kommunisten, zum anderen in das Lager der Indifferenten. Die neue Partei ist der Apparat für diese Massen. Sie trennt ebensoviel von der KPD wie von der SPD. Eine Einigung zwischen SPD und KPD kommt nicht in Frage. Diese beiden Parteien sind viel zu sehr ineinander verbiestert, es ist viel

Braunschweig

Auf der SAP Braunschweigs, zugleich offene Antwort an die Braunschweiger KPD-O. Der braune Sonntag in Braunschweig hat der Arbeiterklasse die große Gefahr des marschierenden Faschismus gezeigt. Gegen sie hat sich der einmütige, geschlossene Wille der gesamten Arbeiterschaft Braunschweigs gewandt. Schulter an Schulter standen die Arbeiter, ungeachtet aller Organisations- und Parteischranken, wie eine einzige Mauer, an der sich die Welle der Kapitalistengarden brach. Der rote Freitag hat den gemeinsamen Kampfeswillen der Arbeiterschaft erneut bewiesen. Hand in Hand beherrschten trotz Staatsgewalt und Verbote die geeinten Massen des Proletariats die Straßen. Der Ruf der bedrängten Arbeiterschaft heißt: Einheitsfront der Arbeiterklasse! Wir müssen diesen Ruf hören, und die Parteien, die ihn mißachten, können nicht weiterhin beanspruchen, die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zu vertreten. Zwei Parteien haben den Ruf überhört, weil keine auf die Führung verzichten will. So machen sie es dem gemeinsamen Feinde leicht, uns in der Stunde der Entscheidung zu schlagen. In dieser höchsten Not, da die Arbeiterklasse die Gefahr so klar und nahe erkannt hat, ist es höchste Zeit, daß wir den Willen zur Einheitsfront zur Tat werden lassen. Die KPD-O hat mit ihrem Vorschlag einen Weg gewiesen. Die SAP ist bereit, ihn mitzugehen. Wir erklären uns bereit, in einem Kartellzusammenschluß die Möglichkeit der Einigung der Parteien zu

nicht einverstanden gewesen sein, ihre jetzige Stellung mußte so und nicht anders sein...“ heißt es in dem Flugblatt. Damit hat der Bezirksvorstand die Beschlüsse des letzten Bezirksparteitages in Plauitz gebrochen, die eine entschiedene Abkehr von der Politik der Tolerierung verlangt haben.

Wie selbst Funktionäre der SPD dieses Flugblatt beurteilen, geht aus der Tatsache hervor, daß dem Schreiber dieser Zeilen am Sonntagmorgen, an dem die Flugblätter verteilt werden sollten, von Parteigenossen der SAP ganze Stöße dieser Flugblätter überbracht worden sind, die in Bedürfnisanstalten, hinter Bretterbuden und anderen versteckten Winkeln aufgefunden wurden. Während an solcher Aktivität ihrer Funktionäre geht die SPD noch kaputt.

Sie gesunden auch nicht an den Methoden, die in Eibenstock im Erzgebirge angewendet wurden. Dort hat man die Erwerbslosen mit Freibier in die Versammlung zu bringen versucht. Spottvögel haben daraufhin vorgeschlagen, die SPD in FPD (Freibier-Partei Deutschlands) umzutaufern.

Trotz des Geschreis der SPD-Presse, daß hinter den „Spalten“ niemand steht, wächst unsere Bewegung von Tag zu Tag, der Opfermut unserer Genossen erinnert an die ersten Zeiten der sozialistischen Bewegung, ein befreiendes Aufatmen geht durch die Reihen der klassenbewußten Arbeiter, sie fühlen, daß die Zeiten der Resignation vorbei sind und daß der Kampf wieder beginnt.

zu viel Blut zwischen ihnen geflossen, als daß sie jemals zusammen kommen könnten. Aufgabe der neuen Partei wird es sein, die

Einigung des Proletaria

herbeizuführen. Die Aussprache war sehr rege und brachte zum Teil erschütternde Beispiele für die unsachlichen Methoden, die die SPD im Kampf gegen die sogenannten Spalter anwendet. Sie übernimmt jetzt die Kampfweise der KPD, gegen die sie immer so gewettert hat.

Zur Leitung der Geschäfte bis zur endgültigen Bezirkskonferenz am Anfang des nächsten Jahres wird eine Zehnerkommission gewählt, der die folgenden Genossen angehören: Bergt, Schuster, Kiebling aus Löbau; Art aus Niederfriedersdorf, Lorenz und Kriegel aus Eibau-Waldorf, Liebig aus Zittau, Wilhelm aus Obersdorf. Aus dem Bautzener Bezirk werden noch zwei Genossen bestimmt. Im dritten Punkt der Tagesordnung gab der Genosse Bergt Mitteilungen über organisatorische Dinge, von denen wir nur eine hervorheben wollen: Zum Kampf der SPD gehört auch die

„Kriegsberichterstattung“. Wir müssen den unwahren Meldungen entgegenzutreten und unserer Presse weiteste Verbreitung schaffen.

Wir sind keine Splitterorganisation, wir werden nicht zerrieben werden zwischen SPD und KPD.

Uns verbinden machtvolle Bande mit allen Klassen Genossen. Wir haben bis zuletzt in der alten Partei unsere Pflicht getan. Man hat uns hinausgedrängt, so daß wir uns eine neue Partei schaffen mußten. In dieser Partei wollen wir nicht für die Einheit der Partei, sondern für die Einheit des gesamten Proletariats arbeiten. Mit diesen Worten und mit dem Freundschaftsgruß der Jugend, der auch zum Gruß der Partei geworden ist, schloß Genosse Art die Konferenz.

Halle

Die Ortsgruppe Halle a. d. S. der SAPD ist gegründet worden. Die Führung der Parteioption in Halle lag bisher in Händen von Partei- und Gewerkschaftsangehörigen. Was waren die radikal — bis zum Tage der Entscheidung. Als es hieß, zu seiner Überzeugung zu stehen, und evtl. kleine Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen, da verließ man nicht nur seine bisherigen ehrlichen Freunde, sondern machte sich unter Verwendung persönlicher Angelegenheiten zum Wortführer des Parteivorstandes und nannte seine bisherigen engsten Freunde, die Seydewitz und Rosenfeld treu blieben, Verbrecher an der Arbeiterschaft. Wir hatten zu unserer Gründungsversammlung nur einen kleinen Kreis von Gesinnungsgenossen eingeladen. Das Ergebnis: über 50 treue SAP-Genossen, keine Papiersoldaten, sondern tätige Funktionäre ohne Bindung an Amt und Würden. Rudolf Agricola zeigte uns trefflich auf, daß nicht die SAP gespalten hat, die Arbeiterschaft vielmehr schon längst durch die SPD-Politik gespalten war. Nun bauen wir neu auf die Einigung der Arbeiterklasse. Ein provisorischer Vorstand wird schon in den

nächsten Tagen die notwendigen Beschlüsse zum Aufbau unserer Ortsgruppe fassen. Bis zur Wahl des endgültigen Vorstandes sind alle Meldungen wie bisher an Gen. A. Klemich, Halle a. d. S., Kefersteinstr. 8, zu geben.

Dresden

Tempel in den Ruhestand versetzt. Das Gesamtministerium hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, den Präsidenten Tempel der Landesversicherungsanstalt Sachsen mit Rücksicht auf die Entscheidung des Disziplinarhofes vom 14. d. M. mit Wirkung vom 1. November 1931 ab in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.

Zwickau

Der Theaterkonflikt vor seinem Ende? Zwischen der Stadt und der Kunstlerschaft schweben aussichtsreiche Verhandlungen, um doch noch eine Spielzeit des Zwickauer Stadttheaters in diesem Winter zu ermöglichen. Als Intendant für diese Spielzeit soll das Mitglied des Stadttheaters Paul Krohmann verpflichtet werden. Mit den Vorstellungen der bis April laufenden Spielzeit könnte dann Mitte November begonnen werden. — Die fruchtlose Entlassung der Mitglieder des Stadttheaters und der städtischen Kapelle hat der Stadt Zwickau eine ganze Reihe von Prozessen zugezogen. Das Arbeitsgericht hatte sich wiederum mit mehreren Klagen der gekündigten Musiker zu beschäftigen. In zwei Fällen wurde die Stadt zur Zahlung der beanspruchten Restbeträge verurteilt. Auch wegen der Pensionsforderungen haben mehrere Mitglieder der Kapelle Klagen gegen die Stadt eingeleitet.

Arnstadt

Aus der Stadtratssitzung. Die letzte Stadtratssitzung stand im Zeichen des Kampfes der Arbeiterschaft gegen die bürgerlich-faschistische Finanzdiktatur. Durch die kapitalistische Wirtschaftskrise sind die Gemeinden an den Rand des Abgrundes geraten, und die bürgerlich-faschistische Bürokratie versucht mit allen Mitteln der Massenbesteuerung, den endgültigen Zusammenbruch der Gemeindefinanzen noch um einige Zeit hinauszuschieben. Der Fehlbetrag im Arnstädter Haushaltsplan beträgt rund eine halbe Million Mark. Dreifache Bürgersteuer und nochmalige Erhöhung der Biersteuer sowie ganz gewaltige Abstriche an der Wohlfahrtsverwaltung und Bauverwaltung sollen den Ausgleich herbeiführen. Außerdem sind Zuschüsse des Reiches und des Landes von rund 300 000 M. in den Nachtragsetat eingesetzt worden. Aus agitatorischen Gründen beschlossen Bürgerliche und Sozialdemokraten, den Nachtragsetat abzulehnen, so daß von vornherein mit einer einstimmigen Ablehnung zu rechnen war. Die Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei kamen in der Aussprache ausgiebig zu Worte und brandmarkten das heuchlerische Verhalten des Bürgertums und die Unfähigkeit der Nazis. Treffend wurde von unseren Genossen gesagt, mit welcher marktschreierischer Reklame die Nazis die unmöglichsten Versprechungen machen, um die allgemeine Not zu lindern, in der Praxis aber gar nicht daran denken, zur Tat zu schreiten. Sie dürfen ihren Geldgebern gegenüber auch gar nicht wagen, eine bourgeoisiefeindliche Politik zu machen. Die Angriffe unserer Fraktion gegen die Nazis und die Stahlfelmer riefen eine erregte Debatte hervor, in der sich die „nationale Opposition“ wie geprügelte Schulbuben benahm. Wohl versuchten die Herrschaften mit Demagogie ihre Unfähigkeit zu vertuschen, doch gelang das nicht. Unsere Genossen konnten unter dem Beifall der Zuhörer das Stahlfelmer-Nazi-System von 1914 bis heute kennzeichnen. Schließlich wurde der Nachtragsetat einstimmig abgelehnt. Eine fünf Minuten später einberufene Sitzung beschäftigte sich nochmals mit dem Nachtragsetat und endete wie die vorhergegangene. Nunmehr wird der Oberbürgermeister als Kommissar den Etat bestimmen.

Versammlungs-Kalender

Schützenbund Unterbezirk Zwickau-Crimmitschau. Sonntag, den 8. Nov., 13.45 Uhr, Aufstellen am Volkshausplatz, Zwickau, zur Revolutionskundgebung. — Alle Schutzbund-Ortsgruppen haben zur Stelle zu sein. — Punkt 14 Uhr Abmarsch zum Volkshausplatz. Techn. Leitung: U. B. Zwickau. SAP Unterbezirk Zwickau-Crimmitschau. Sonntag, den 8. Nov., 15. Uhr, in Zwickau, Lindenstraße, Revolutionskundgebung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15-16. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 58 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM — 38 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich, zuzüglich RM 1.50 Porto. „SAZ“ sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15-16. Postfachkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 1-16, Tel. Kupfergraben E 2594. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15-16, Tel. Kupfergraben E 2595.

Das Stätte des Grauens

Ein Gang über die Schlachtfelder von Verdun.

Verdun! Wer denkt bei diesem Wort nicht sofort an den Krieg? Wer erinnert sich nicht der Jahre des grauenvollen Massenmordens? Wem tanzen nicht die Schlagzeilen der Kriegsberichte vor den Augen: Sieg! Sieg an der Westfront! Sieg an der Ostfront! Große Verluste des Feindes, zweitausend Gefangene! Wer sieht nicht wieder die ausgehungerten, müden Weiber und Kinder Schlängestehen vor den Läden, um Brot und Margarine, um Kartoffeln und Pferdefleisch? Wer hört nicht noch einmal die Anpreisungen der Schieber und Kriegsgewinnler: hundert Tonnen prima Schweineschmalz, fünfzig Tonnen Reis, dreihundert Zentner Kakao. Billig ab Lager.

Alle Pecktübel der bürgerlichen Gesellschaft waren über Europa ausgegossen worden, sie zeigte hinter der ehrbaren, philanthropischen Maske ihr wahres Gesicht, die grinsende Totenfratze des Krieges.

Vier Jahre legaler Mord an allen Fronten des Krieges. Vier Jahre Mord auf den Schlachtfeldern von Verdun.

Und heute?

Verdun ist eine Fremdenstadt geworden. Die ehemaligen Schlachtfelder locken. Aus aller Herren Ländern kommen die Menschen hierher. Moderne große Hotels sind aufgeschossen, Asphaltstraßen gegossen worden. „Ansichtskarten von den Champs de Bataille, Monsieur?“ „Reiseandenken vom Kriegsschauplatz?“ „Hier Omnibusfahrten über die Schlachtfelder, stündlich!“ Ja, eine Million Menschen sind hier verblutet — nun blüht das Geschäft...

Steil steigt vor Verdun eine Bergkette aus der Ebene. Sie trägt die Forts, die dem deutschen Vormarsch vier Jahre trotzten. Hier war die strategische Schlüsselstellung Frankreichs, hier prallten der deutsche und der französische Imperialismus mit unvergleichlicher Wucht aufeinander, hier wie an allen Fronten wurde der sozialistische „geschulteste Teil“ des Weltproletariats dem heiligen Profit geopfert.

Die Erde, von Granaten bis auf den Felsgrund um- und umgepflügt, ist von dichtem jungem Wald bedeckt, über dem zerfetzte, verkohlte alte Bäume — gleich im Todeskrampf erstarrten Menschenhänden — ragen. In den Schützengräben wuchert Unkraut, blühen Brombeerhecken. Hier und da finden wir einen Unterstand, meist schon verfallen. In dichtem Gestrüpp steckt eine alte M.-G.-Stellung, noch steht das Panzerblech mit dem kreisrunden Loch für den Gewehrlauf — ein verrosteter Stahlhelm, ein altes Kochgeschirr, ein halb verfaulter Strohsack und Lumpenfetzen, die wohl einstmalige Decken waren.

Auf der Höhe liegen, die Ebene beherrschend, Fort de Douaumont, Fort de Vaux, Fort de Tavannes, denen der Hauptkampf galt. Ein Regen von Granaten hat den Fels erschüttert, zermorscht, zersprengt. Jetzt sind die Forts nur alte Invaliden, die unteren Kasematten sind zum größten Teil ersoffen...

Heute streben die Menschen in modernen Limousinen die Straße zu den Schlachtfeldern hinauf, sie kommen im Omnibus, im Lastauto, mit dem Motorrad, mit der Bahn. Da kommen Menschen, die vielleicht nie den Krieg gesehen haben, die ihn nie spüren mußten, sie wollen einen Eindruck von den Schrecknissen des Krieges erhaschen und suchen Sensation.

Hier tobte der Krieg. Die Zeit ist indessen darüber hingegangen und hat die Spuren halb verlöscht. Nur eins ist jetzt noch tief erschütternd: die Tausende von Kriegergräbern zwischen dem Fort de Douaumont und dem Fort de Vaux. Jedes einzelne der weißen Kreuze ist eine Anklage gegen den Krieg, ist eine Anklage gegen den Imperialismus. Ein Kreuz, ein gemordeter Soldat! Nein: ein Kreuz — Tausende von gemordeten Soldaten! Ehrt man ihr Heldentum, indem man ein Geschäft daraus macht?

Was nützt es, auf den alten Kriegsschauplätzen wehzuklagen und pazifistischen Illusionen nachzuhängen, während die Franzosen neue Forts im Elsaß bauen, raffinierter und furchtbarer als die alten?!

Nur die Franzosen? Der ganze imperialistische Chorus heult: Wir brauchen neue Festungen, neue Aeroplane, neue Panzerkreuzer, neue Tanks. Sie rüsten alle um die Wette unter der Devise: Abrüstung!

Sie wollen wieder Krieg! Sie wollen wieder Mord. Sie wollen wieder Millionen Proletarier gegeneinander hetzen, es frommt ja dem Geschäft, die Profite werden steigen. Das ist die Offensive der Kapitalisten. Das Proletariat hat im letzten Kriege verpaßt, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu führen. Es hat sich in die Defensive drängen lassen. Aber es hat gelernt. Wir wissen heute, daß nur die internationale Solidarität der Arbeiter den Krieg verhindert. Wir trauen weder dem Völkerbund noch der Abrüstungspraxis. Wir werden selber handeln.

Fritz Elz.

Liebe an der Jannowitzbrücke

Von Friedrich Burschell

Franz Klätte hatte ahnungslos seinen Ziegelkahn in der Nähe der Jannowitzbrücke festgemacht. Er war durstig und ging in eine Destille, und dort saß ein Mädchen, das ihm gleich sehr gut gefiel. Aber ihm hatten schon manche Mädchen gefallen, ohne daß daraus etwas entstand. Dieses Mädchen hieß Hertha, war eine arbeitslose Hausangestellte, und trotz ihrer stark gestopften Seidenstrümpfe hatte sie so etwas an sich, etwas Unternehmendes und Wirkungsvolles. Franz Klätte lud sie ins Kino ein, und da sie im Dunkel sich an ihn lehnte, war es nachher nicht schwer, sie über den Steg in den Kahn zu bringen.

Am nächsten Morgen merkte Klätte, daß etwas mit ihm geschehen war. Denn anstatt das Mädchen fortzuschicken, ging er mit ihr ins Warenhaus und kaufte ihr ein Kleid und Schuhe und Strümpfe. Auf diese Weise blieb das Mädchen bei ihm. Sie machte ihm das Essen, nähte abgerissene Knöpfe an, führte ihn abends in Kinos und Tanzlokale, und Klätte war derart betäubt vom Glück, daß er auf sein Geld nicht achtete. Doch als er noch eine Mark dreißig hatte, ging Hertha ohne Abschied fort.

Nach zehn Tagen erschien sie wieder. Der Spreeschiffer sah vom Kombüsefenster aus ihre Beine, die vorsichtig über das wippende Brett balancierten, und mit einem Schlag vergaß er, was er in den langen zehn Tagen durchgemacht hatte. Hertha hatte viel zu erzählen von einer Stellung, die sie gesucht und glücklich gefunden und leider schon wieder wegen der eifersüchtigen Hausfrau verloren hätte. Nichts konnte Klätte besser verstehen als die Eifersucht dieser Zahnarztgattin. Er war zwar schon fünfundzwanzig Jahre, aber er hatte vorher noch kein Mädchen geliebt. Er hatte das Bedürfnis, ihr Gutes anzutun, und sie mit der Welt zu versöhnen, in der sie herumgestoßen wurde. Da er inzwischen wieder Geld bekommen hatte, kaufte er ihr alles, was sie wünschte, eine hübsche Kette, einen Ring, nette Unterwäsche und eine winzige Armbanduhr. Er gab ihr außerdem noch Geld, damit sie ihre dringendsten Schulden bezahlen könnte, erst zwanzig Mark und nach

einer Woche fünfzig Mark. Die größere Summe brachte Franz Klätte um sein Glück, denn das Mädchen verschwand mit ihr, und wenn er Schritte am Ufer hörte, so waren es von nun an nur fremde Leute.

Diesmal hielt er es keine zehn Tage aus. Er ging zum Polizeipräsidium am Alexanderplatz und wußte nach einer Viertelstunde, unter welcher Adresse Hertha Schiele, geboren am 23. November 1908 in Oranienburg, zu erreichen sei. Aber an der angegebenen Stelle war sie nicht persönlich, höchstens brieflich zu erreichen. Die Briefe fielen Franz Klätte schwer. Obwohl er nur Ausdrücke gebrauchte, die seit vielen hundert Jahren verwendet werden und darum billig geworden sind, hatten sie für ihn das Gewicht mühevoller Entdeckungen.

Fünf solcher Briefe schrieb er ihr, einen immer flehender als den andern. Nach dem fünften Brief kam endlich Antwort, eine bunte Ansichtskarte, auf der ein elegantes Paar sich beim Mondschein küßte und die Mitteilung zu lesen stand, daß sie erst kommen könne, wenn sie Geld bekäme. Er schickte es unverzüglich, und Hertha hielt Wort. Sie kam zärtlich und unternehmungslustig wie immer. Wieder machte sie in der Kombüse Essen, wieder ging sie mit ihm zum Tanz und ins Kino, trüffelte Trost und Zuversicht in sein Herz, das genau an dem Tag die Angst verlor, daß sie von ihm fortgehen könne, als sie zum dritten Male ihn verließ!

Der junge Schiffer hatte viel Geld an das Mädchen gehängt. Aber das war es nicht, was ihn zum Bettler machte. Er verlor jede Achtung vor sich selber. Er stand halbe Tage und Nächte an Straßenecken, um der Entfohlenen aufzulauern. Gleich den vielen unglücklich Liebenden, die immer wieder verlassen werden, war er verstört und entwürdigt, aber noch lange nicht enttäuscht, und wie jeder von ihnen, so glaubte auch er, daß alles wieder in Ordnung käme, wenn er die geliebte Person eine halbe Stunde nur sprechen könnte.

Nach drei Wochen ununterbrochenen Suchens und Fiehens wurde ihm die halbe Stunde gewährt, eine Zusammenkunft um ein

Uhr nachts in einem Café weit weg in der oberen Friedrichstraße. Als Klätte erschien, saß Hertha schon an einem Tisch. Sie trug das Kleid aus dem Warenhaus und die bunte Kette und die winzige Armbanduhr. Das konnte Klätte noch klar erkennen, aber den Mann neben ihr sah er nicht so genau, vor allem als Hertha nach dem ersten Wert der Begrüßung sagte, der Mann neben ihr sei ihr Bräutigam.

Einige Zeit darauf wurde Franz Klätte wegen schwerer Körperverletzung und tätlicher Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, ohne daß er ein Wort zu seiner Verteidigung sagte. Aber er hatte Eltern, die besorgt aus ihrer Heimat angereist kamen und ihn vor allem zu einem Rechtsanwalt schickten. Der Rechtsanwalt legte Berufung ein und hatte bald herausgefunden, daß Hertha Schiele ein außergewöhnliches Luder war. Er ließ die kaum Genesene zu sich kommen und zeigte sich so entzückt und unterrichtet von der Art, mit der sie in einer Zeit des Frauenüberschusses eine ganze Reihe von Männern sich dienstbar machte, daß Hertha geschmeichelt und eingeschüchert zugleich ihren Straf Antrag zurückzog und schriftlich erklärte, daß Klattes Mißhandlungen gar nicht so schlimm gewesen seien.

Dadurch war bei der Verhandlung der zweiten Instanz ein günstiger Ausgang garantiert und der Betrogene wäre billig und mit einer heilsamen Lehre davongekommen. Aber bei dieser Geschichte zeigt sich wieder, daß die Menschen unberechenbar sind. Denn als der Richter lediglich aus formalen Gründen Fräulein Hertha Schiele aufrief, erhob sich Klätte sofort und sagte mit übertrieben lauter Stimme, den Widerspruch seines Verteidigers übertönend, daß er seine Berufung zurückzunehmen genötigt sei, denn die Zeugin sei im Begriff, einen Meineid zu leisten, wenn sie auf ihrer schonungsvollen Erklärung bestünde.

Damit nahm Klätte drei Monate Gefängnis auf sich, aus reinem Edelmüt, ein seltener Fall, und was noch merkwürdiger ist, einer Frau zuliebe, die er nach dem Urteil der Welt verachten sollte.

Proletarischer Werktag:

Ein Briefträger erzählt

Von Maria Leitner

„Wenn ich nur wüßte, wo dieser Friedrich Meyer wohnt. Sicher ist er möblierter Herr. Man staunt manchmal, wieviele Menschen in einer einzigen Wohnung hausen, auch in den sogenannten besseren Vierteln. Ueberhaupt noch vor ein paar Jahren war das Leben viel stetiger. Heute wechselt alles. Jeden Augenblick zieht jemand um. Große Büros verschwinden; in Geschäften tauchen neue Besitzer auf, aber der Briefträger muß immer die richtige Adresse finden. Es sieht nicht gut aus, wenn man unbestellte Post zurückbringen muß.“

Ob unser Beruf leicht ist? Vielleicht erscheint es jemand so, der es nie versucht hat. Den ganzen Tag treppauf, treppab, immer unterwegs, ob Sonnenschein oder Regen, ist alles eher als leicht. Herzkrankheiten gehören zum Briefträgerberuf. In manchen Häusern bekommen wir ja Aufzugsschlüssel, aber wie oft funktionieren die Aufzüge nicht, und in den Hinterhäusern und älteren Mietskasernen gibt es ohnehin keine.

Wenn ich abends nach Hause komme, sagt mir meine Frau auch oft, ich soll erzählen, was ich Interessantes erlebt habe, weil ich doch soviel herumkomme. Aber das ist nicht viel, was ein Briefträger zu sehen bekommt. Freilich werden wir oft sehr neugierig erwartet, aber dann haben wir meist keine Post. Manchmal geschieht es, daß jedesmal, wenn ich die Treppen hinaufgehe, Türen sich öffnen und mir schon von weitem entgegengerufen wird: „Nichts für mich?“ Aber es ist merkwürdig, selten habe ich etwas für die Leute, die fragen. Für die anderen aber, die sich gar nicht um mich kümmern, habe ich die dicke Post.

Ja, um viel zu erzählen, bin ich zu müde, wenn ich nach Hause komme. Um 5 Uhr morgens stehe ich auf, ich gehe zu Fuß zu meinem Arbeitsplatz und laufe auch nach Hause, das macht 50 Pfennig Ersparnis, wenn ich auch dadurch eine Stunde verliere.

Ob es einträglich ist, Postbote zu sein? Du meine Güte, was meinen Sie, wieviel Geld ich nach Hause bringe, wo ich doch schwer genug zu arbeiten habe? Im letzten Monat hatte ich 149 Mark. Davon bezahle ich für Wohnung 50 Mark, meine Frau hat 17 Mark Wochengeld, zwei Mark täglich für zwei erwachsene Menschen an den Wochentagen.

Sonntags geben wir etwa vier Mark aus, da ich doch immerhin einmal in der Woche Fleisch essen möchte. Eine Mark verbleibt für Seife und andere Haushaltsanschaffungen.

Für meine Uniform muß ich jeden Monat 4,50 Mark abzahlen. Natürlich, wenn ich so weit bin, daß ich den ganzen Betrag dafür bezahlt habe, ist es schon höchste Zeit, eine neue zu kaufen. Eine sehr wichtige Ausgabe für mich sind Strümpfe und Schuhe, macht mindestens 5 Mark im Monat. Für Gas und Licht brauchen wir 5 Mark. Für die Kleidung meiner Frau, Vergnügungen und unvorhergesehene Ausgaben bleiben uns im Monat kaum noch 10 Mark.

Mein Taschengeld beträgt 1 Mark. O nein, nicht die Woche, sondern den ganzen Monat; sicher für einen erwachsenen Menschen nicht viel.

Dabei ergeht es vielen Kollegen noch schlechter. Meine Frau und ich, wir hatten uns etwas erspart und konnten unsere Möbel gleich bezahlen. Aber die anderen, die noch jeden Monat Raten abzahlen müssen, die wissen vor Sorgen nicht ein und nicht aus.

Wir sind jung verheiratet, aber könnten wir an ein Kind denken? Unmöglich.“

Radio für den Südpol

Die Amerikaner sind in allen technischen Dingen bekanntlich sehr großzügig. Dennoch mag eine Mitteilung überraschend sein, die der bekannte Polarforscher Admiral Richard E. Byrd in seinem jetzt (bei F. A. Brockhaus) erscheinenden Buch „Flieger über dem sechsten Erdteil. Meine Südpol-Expedition 1928/30“ macht. Um den Forschern während ihrer mühseligen Expedition durch die Antarktis zu zeigen, daß man zu Hause an sie denke, veranstalteten die Radiogesellschaften eigene Vorträge, die für Byrd und seine Gefährten bestimmt waren. Jeden Sonnabend zu einer vereinbarten Stunde hörten die Forscher einen ganz besonders für sie gesprochenen Spielplan. Bei aller Dankbarkeit für die gute Absicht bemerkte Byrd in seinem Buch aber, „daß rührselig schmalzige Ansprachen sehr peinlich empfunden wurden, was sich deutlich durch eine gewisse verlegene Unruhe kundgab. Dergleichen gehört nicht ins rauhe Südeis.“

Zwei Schnitzler-Anekdoten

Die größte Gefahr

Vor seiner schriftstellerischen Laufbahn widmete sich Arthur Schnitzler, dessen Vater Arzt war, zunächst medizinischen Studien und promovierte auch an der Wiener Universität.

Aus seiner Universitätszeit datiert eine kleine Anekdote: Ein wegen seiner langatmigen Ausführungen bekannter Dozent der medizinischen Fakultät fragte zu Beginn einer Vorlesung, die der Tuberkulose gewidmet war: „Welche ansteckende Krankheit, meine Damen und Herren, liegt uns am nächsten und bedroht uns am stärksten?“

„Die Schlafkrankheit, Herr Professor!“ ertönte Antwort aus einer dunklen Ecke.

Der Professor soll dem jungen Schnitzler diese Schlagfertigkeit niemals verziehen haben...

Hoffmannsthal telegraphiert

Schnitzler hatte mit seinem Freunde Hugo von Hoffmannsthal einmal verabredet, daß dieser, der einige Tage vor den Festspielen nach Salzburg fuhr, dort für Logis und Theatersitze Sorge tragen sollte.

Hoffmannsthal führte den Auftrag auch gewissenhaft durch und telegraphierte seinem Freund:

„Sitze besorgt. Europäischer Hof Salzburg. Hoffmannsthal.“

Und Schnitzler, der vollständig die Abmachung vergessen hatte, despedierte zurück: „Lieber Hugo, warum sitztest du besorgt Europäischer Hof, Salzburg? Schnitzler.“

Schnitzler-Aufführung in der Berliner Volksbühne.

In der Berliner Volksbühne geht als nächste Premiere zum Gedächtnis Arthur Schnitzlers „Der grüne Kakadu“ mit Rudolf Forster als Henri in Szene. Das Werk war bereits aus Anlaß des kommenden 70. Geburtstages des toten Dichters zur Aufführung geplant.

Riesen-Stadion in Moskau

Für die nächste Zukunft ist in Moskau der Bau eines „Zentral-Stadions“ der UdSSR geplant, das nicht weniger als 120000 Sitzplätze aufweisen soll. Zunächst wird die Stätte der für das Jahr 1933 vorgesehenen Weltspartakiade dienen.

Was ist die Aufgabe der SAP?

Von
Georg Ledebour

Um die Notwendigkeit der Sozialistischen Arbeiterpartei zu beweisen, braucht man nur einen Blick zu werfen auf die Zustände, unter denen wir in Deutschland leben, und dann zu fragen, wie denn die beiden großen Parteien, von denen eine jede vorgibt, die Interessen des Proletariats allein zu vertreten, sich diesen grauenhaften Zuständen gegenüber verhalten.

Die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft ist hineingerutscht in die letzte Verfallsperiode, die ihren Untergang unfehlbar vorbereitet. Für Deutschland insbesondere verschlimmert sich die durch diesen Wirtschaftsverfall herbeigeführte Not der ausgebeuteten Klassen noch durch die Nachwirkungen des verlorenen Weltkrieges. Dabei bestätigt unsere heimische politische Entwicklung die geschichtliche Erfahrung, daß eine dem Untergang zutauende Ausbeuterklasse die staatlichen Einrichtungen, die sie zu Zeiten ihres Aufschwungs geschaffen und als den einzig menschenwürdigen Zustand des öffentlichen Lebens in allen Tonarten ausposaunt hat, schließlich selbst unter die Füße tritt. Das geschieht, sobald die aufstrebende Klasse der Unterdrückten jene Einrichtungen für sich selbst und gegen die herrschende Klasse so auszunutzen weiß, indem sie auf legalem Wege die Macht an sich zu reißen droht, um die neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu errichten, die keine Herren mehr kennt und keine Knechte.

Wir haben in Deutschland zwar noch niemals den demokratischen Parlamentarismus, das Ideal des aufstrebenden Bürgertums, besessen. Bei uns herrscht auch heute noch das bürokratische Regierungssystem, gemildert und verschleiert durch parlamentarischen Aufputz. Aber selbst innerhalb dieses Zwitterdings steigerte sich der proletarische Einfluß, besonders zur Zeit des Zusammenbruchs am Weltkriegsende bis nahe zur Machtergreifung. Diese Möglichkeit wurde allerdings damals verpöndelt infolge der Unbereitschaft des Proletariats. Als nun aber die vorübergehende Wirtschaftserholung nach Friedensschluß wieder eine normale Entwicklung auch des politischen Lebens zu bedingen schien, konnte auch das Proletariat, wenn auch in verschiedene sich bekämpfende Parteien gespalten, doch wieder seinen Gesamteinfluß steigern. Dieser Gefahr gegenüber, daß ein zweiter proletarischer Aufschwung bessere Arbeit leisten würde, als der November 1918, raffte sich die Kapitalistenklasse dazu auf, nach altbewährter Methode auch in Deutschland das, was überhaupt an

Machtmöglichkeiten für eine Volksvertretung vorhanden war, schrittweise durch Ausnutzung des § 48 der Reichsverfassung auf dem Verordnungswege zu zerstören. Gleichzeitig wurden im Stahlhelm und in den Nazi-Verbänden Soldknechtstruppen für den Ausrottungskrieg gegen das klassenbewußte Proletariat nach Mussolinis faschistischem Vorbilde geschaffen.

Wie haben sich demgegenüber die beiden großen, aus dem Proletariat hervorgegangenen Parteien verhalten?

Die Sozialdemokratie, die vorgibt, allein auf dem geordneten legalen Wege des demokratischen Parlamentarismus den Sozialismus in Deutschland zur Durchführung bringen zu können, hat der Kapitalistenklasse und deren Werkzeug, der bürokratischen geschulten Bürokratie geholfen, den Parlamentarismus auszurotten mit Stumpf und Stiel. Schon mit dem Augenblick, in dem sie zu Eberts Zeiten die Regierungsgewalt mitübernahm, hat sie sich der bürokratischen Methoden zur Ausschaltung der parlamentarischen öffentlichen Kontrolle eifrig bedient. Diese Hermann Müller, Solmann, Hilferding und wie sie sonst heißen mögen, haben als parlamentarische Minister niemals das geringste Verständnis für die wirklichen Lebensbedingungen des demokratischen Parlamentarismus bewiesen. Sie tanzten als Puppen am Gängelbande der Bürokratie, wie ein Luther oder Cuno.

Diese verschleierte bürokratischen Regierungsmethoden der SPD entfremdet ihr die klassenbewußte Arbeiterschaft mehr und mehr, bis schließlich durch die Wahl vom 14. September 1930 ihr Einfluß soweit heruntergedrückt war, daß er nicht mehr ausreichte, um ihr auch nur den Anteil an einer Regierungskoalition mit den gemäßigten bürgerlichen Parteien zu sichern. So konnte eine reine Rechtsregierung unter Führung des Zentrumsmannes Brüning das Ruder ergreifen. Da ist die SPD nicht etwa in Erkenntnis ihrer bisherigen falschen Politik in grundsätzlicher Opposition gegen Brünings verkappt faschistische Methoden aufgetreten, sie hat sie vielmehr unterstützt in der verhängnisvollen Illusion, vermittels dieses kleineren Übels das größere Übel einer offenen faschistischen Gewaltherrschaft verhüten zu können.

Der Nazi-Terror in Braunschweig und das Verhalten des doppel-uniformierten Ministers Groener demgegenüber war die richtige Antwort auf diese staatsmännische Übel-Verhütungspolitik. Aber begriffen hat das die SPD-Führung immer noch nicht. Sie hält auch jetzt noch an der Schöpfung-Maxime fest: Lieber zehnmal mit Groener als einmal mit den Kommunisten!

In der Arbeiterschaft aller zum Klassenkampf sich bekennenden Richtungen wächst zusehends die Erkenntnis, daß gegenüber der drohenden faschistischen Gefahr sie sich zusammenschließen müsse für den endgültigen Abwehrkampf.

Und wie verhält sich in dieser Situation die Kommunistische Partei?

Daß die KPD dem kapitalistischen Regierungssystem irgendwelche Konzessionen mache, kann man ihr sicher nicht vorwerfen. Sie begeht jedoch den schweren Fehler, auch die Ausnutzung der parlamentarischen Einrichtungen für das Proletariat in unserer Überlebenszeit zu mißachten. Die KPD-Presse wird nicht müde, den demokratischen Parlamentarismus an sich als eine schädliche Einrichtung herunterzumachen. Das ist falsch! Man kann jede Gelegenheit auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet ausnutzen, um dem Proletariat Vorteile zu schaffen, die seine Kampfkraft stärken und doch gleichzeitig mit sich steigender Energie die Vorbereitungen treffen für den Endkampf um die Macht, den uns der Faschismus unfehlbar aufzwingen wird.

Schlimmer noch aber ist, mit welchen Methoden denn die KPD diesen Endkampf ihrerseits vorbereitet. Was tut sie zur Herbeiführung einer Einigung des Proletariats für diesen Endkampf?

Ginge es nach den eigenen Behauptungen der Wortführer der KPD, so wäre alles im Lot. Sie werden Tag für Tag nicht müde, in alle Welt hinauszurufen: Einheitsfront! Einheitsfront! Sieht man sich aber diese Einheitsfront näher an, so stellt es sich heraus, daß als waschechte Einheitsfrontler nur der Genosse angesehen wird, der in die KPD eintritt und dann bedingungslos allem zujubelt, was von der zeitweilig herrschenden Richtung der KPD mit Approbation Selbstverständlich der in Moskau domizilierten Kommintern verkündet wird. Anhänger jeder anderen Richtung werden als Verräter, Renegaten und was es sonst für schöne Schimpfworte im Arsenal der KPD gibt, der Verachtung aller ihrer Parteigenossen preisgegeben. Diese Methode ist nicht eine Verwirklichung, sondern eine Verhöhnung des Einheitsfrontgedankens.

Auch die Sozialistische Arbeiterpartei hat solche aufmunternde Liebenswürdigkeiten zur Genüge von seiten der KPD zu kosten bekommen. Wäre es den Wortführern der KPD wirklich ernst mit der Einheitsfront, so hätte sie es mit Freuden begrüßen müssen, daß aus der in das Bündnis mit dem Bürgertum verstrickten SPD sich eine Schar losgelöst hat, die sich bemüht, den proletarischen Klassenkampf zu führen. Aber nein! Sie sahen in uns nur die Konkurrenten, die nach der alten Praktik kapitalistischer Geschäftemacher mit allen Mitteln der Verleumdungskunst diffamiert werden mußte.

Doch das alles wird uns nicht irre machen. Gerade in der Verkehrtheit der Taktik der SPD wie der der KPD erblicken wir die Notwendigkeit des Entstehens unserer Partei. Wir wer-

den, die Fehler vermeidend, dem klassenbewußten Proletariat auf allen Lebensgebieten beispielgebend als Vorkämpfer voranzumarschieren. Wir werden auch trotz aller Beschimpfungen, mit denen wir von beiden Seiten überhäuft werden, uns bemühen, die SPD wie die KPD zum Bündnis mit uns zu treiben, zu dem Einheitsfrontbündnis, das dem Proletariat den Sieg über alle seine Feinde verbürgt.

Bayern baut ab

Der Inhalt der Notverordnung

Das bayerische Ministerium hat die neue Notverordnung nunmehr bekanntgegeben. Sie stützt sich auf die in der Reichsnotverordnung gegebene Ermächtigung für die Landesregierungen und auf den Paragraphen 64 der bayerischen Verfassung.

Im ersten Abschnitt wird das Schulgeld für die staatlichen höheren Lehranstalten auf 200 Mark erhöht. Im zweiten und dritten werden die bereits bestehenden Besoldungsvorschriften für die Landesbeamten auf weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgedehnt, worunter auch solche Anstalten, Vereinigungen und Unternehmungen zu verstehen sind, deren Einkünfte oder Gesellschaftskapital mit mehr als der Hälfte von den eigentlichen Körperschaften des öffentlichen Rechts herrühren. Außerdem werden darin die Bestimmungen über Wartegelder und Ruhegehälter neugefaßt.

Die Zahl der Ministerien wird ab 1. April 1932 durch Aufhebung des Ministeriums für Landwirtschaft und Arbeit auf fünf vermindert. Von den fünf Oberlandesgerichten wird eines aufgehoben, und zwar das in Augsburg. Von 29 Landgerichten werden drei aufgehoben, nämlich das in Fürth, Neuburg an der Donau und Straubing. Von den acht Kreisen oder Provinzregierungen werden bis 1. Januar 1933 zwei aufgehoben. Die von Niederbayern, Sitz Landshut, wird mit der oberpfälzischen, Sitz Regensburg, vereinigt und die von Oberfranken, Sitz Bayreuth, mit der von Mittelfranken, Sitz Ansbach. Zusammengelegt werden die Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und die Landesversicherungsanstalten Niederbayern und Oberpfalz, ebenso die von Ober- und Mittelfranken. Von 265 Amtsgerichten werden 24 abgebaut, von 158 Bezirksämtern acht, von 25 Bauämtern drei, von 125 Messungsämtern zehn, von 384 Forstämtern zwölf. Für die von diesen Veränderungen betroffenen Beamten gilt die Bestimmung, daß sie schon im 60. Lebensjahr und ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden können, wenn dies im Interesse des Beamtenabbaus liegt, und daß sie dasselbe Ruhegehalt beziehen, wie ihnen im 65. Lebensjahr zustehen würde.

Die Frucht der Tolerierung reift

Die Verbindungen zwischen Zentrum und Nazis werden immer enger

Ueber die Beziehungen zwischen Nationalsozialisten und Staatsmacht weiß die „Welt am Montag“ eine ganze Reihe von Tatsachen zu berichten, unter denen vor allem bedeutsam ist, daß Hitler, der angeblich schon für Ende November mit dem Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung rechnet, der Reichswehr gegenüber erklärt hat, er werde sofort nach der Übernahme der Regierung die SA als selbständige Organisation auflösen. Des weiteren erklärte Hitler, daß er sich das Programm des Reichsverbandes der Industrie in jeder Beziehung zu eigen mache, d. h. er würde den

Abbau der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechts unbedingt unterstützen.

Das ist die Bedingung, die das Großkapital für die Bildung der nationalen Einheitsfront unter nationalsozialistischer Führung gestellt hat. Auf der anderen Seite bereiten sich nun auch einflußreiche Zentrumskreise auf die Umstellung des Zentrumskurses gemäß den nationalsozialistischen Forderungen vor. Der mächtige westfälische Zentrums-Adlige, Herr von Papan, der die Mehrheit der „Germania“-Aktien besitzt, wollte diese in jüngster Zeit verkaufen, da das Zentrumsorgan die von ihm geforderte, dem Nationalsozialismus entgegenkommende Linie nicht entschieden genug einschlagen wollte. Nach Verständigung mit Hitler hat Herr von Papan die bereits eingeleiteten Verkaufsverhandlungen plötzlich abgebrochen. Er behält die Aktienmehrheit des zentralen Zentrumsorgans, um bei einem Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung — der übrigens unserer Meinung nach mit Ende November noch zu früh angenommen wird! — als Mittelsmann fungieren zu können. Es ist erstaunlich, wie rasch sich die Redaktion der „Germania“ umgestellt hat. Sofort nach dem Abbruch der Verkaufsverhandlungen begann das auffallende Entgegenkommen der „Germania“ gegenüber den Nationalsozialisten, dem sich mehr und mehr auch solche Zentrumskreise anschließen, die bisher der Zusammenarbeit mit Hitler persönlich widerstrebten.

Das Entgegenkommen des Zentrums gegenüber den Nationalsozialisten löst indes die Empörung der deutschnationalen Führung aus. Insbesondere das Zentrumslob für den angeblichen sozialen Geist der Nazis in Verbindung mit dem Hohn über Hugenbergs sozialreaktionären Kurs hat die Empörung der Deutschnationalen geweckt. Nachdem Hitler obendrein jene Erklärung abgegeben hat, die

ihn im Stillen auf den gleichen sozialreaktionären Kurs festlegt, während er die irreführende proletarische Anhängerschaft der Nationalsozialisten mit unehlichen sozialen Redenarten fesselt, fürchtet Hugenberg die völlige politische Vereinsamung. Christlich-soziale und konservative wettren noch gewaltig gegen den Bund von Zentrum und Nazis, der sich nun immer rascher anbahnt und in dem all diese reaktionären, sozial-schillernden Gruppen hoffnungslos zerrieben werden würden, während Hugenberg bei Hitlers Berliner Vertrauensmann Göring energisch interveniert hat. Göring soll jede Verhandlung abgelehnt haben, und ein erbitterter Zusammenstoß zwischen Göring und Hugenberg soll das Ende der Unterhaltung gewesen sein.

Die tatsächliche politische Führung scheint unabhängig von ihrer immer geringer werdenden Wählerzahl die Deutsche Volkspartei an sich zu reißen. Sie hat zuerst und am energischsten den Kurs gesteuert, der Zentrum und Nationalsozialisten zusammenführen sollte; sie hat sich damit von neuem als die zielsichere Führung der großkapitalistischen Klasseninteressen bewährt und zieht nun lediglich offen die Schlußfolgerungen ihrer ganzen bisherigen Politik.

Ihr Vorsitzender Dingeldey sprach am Sonntagabend in einer Wählerversammlung in Gießen und begründete dabei seine Absage an das zweite Kabinett Brüning, weil dieses bisher das Steuer der Politik noch nicht herumgeworfen habe. Er forderte mit Nachdruck die Heranziehung der Nationalsozialisten zur Regierungsverantwortung, eine Entscheidung, die schon nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen hätte getroffen werden müssen. Mit Klugheit und Entschlossenheit müßten diese Kräfte und alle nationalen Kreise zu einer nationalen Einheit zusammengefaßt werden. Zur Bekämpfung der Gefahr des Bolschewismus, die in diesem Winter sehr groß sei, müsse der von ihm geforderte Zusammenschluß aller nationalen Kräfte in einer nationalen Regierung mit größtem Nachdruck von der Reichsregierung verlangt werden. Schließlich gab Dingeldey zu erkennen, daß er von der gegenwärtigen Presse- und Parteidebatte zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten die Anbahnung einer solchen Entwicklung und eine Verständigung erhoffe.

Die Front dieser kapitalistischen Sammlung — ohnehin ja vollständig klar — wird damit noch ganz offen ausgesprochen: gegen den Bolschewismus, das heißt: gegen das klassenbewußte Proletariat!

Die Nazis fühlen sich als Herren der Universitäten

Die deutsche Studentenschaft der Universität Halle und der Hochschullehrung deutscher Art haben in gemeinsamer Sitzung mit der Kampfgemeinschaft der Hochschule Halle der NSDAP, der deutschnationalen Studentengruppe und der Stahlhelm-Hochschulgruppe zur Berufung Professor Dehns, der des Marxismus verdächtigt wird, Stellung genommen. Die Studentenschaft werde zwar von einem Auszug aus Halle im gegenwärtigen Zeitpunkt absehen. Sollte aber Professor Dehn seine Vorlesungen beginnen, so müsse das als „eine Kampfansage an das nationale Wollen überhaupt“ betrachtet werden, die nicht unbeantwortet bleiben werde. Die Studentenschaft werde bei festlichen Anlässen der Universität nicht mehr chargieren, sondern eigene Veranstaltungen abhalten. Dieser Beschluß ist bei der Reformationsfeier der Universität am Sonnabend bereits verwirklicht worden. Die Studentenschaft beteiligte sich an dieser Feier nicht, sondern besuchte eine eigene Veranstaltung.

Allzueifrige Nazis werden geduckt

Klagges auf dem Rückzug vor Groener

Herr Klagges, der nationalsozialistische Innenminister von Braunschweig, wollte wieder einmal gegen die „Bürogeneräle“ meutern. Sein von Groener aufgehobenes Verbot des sozialdemokratischen Braunschweiger „Volksfreund“ wollte er entgegen dieser Entscheidung des Reichsinnenministers aufrecht erhalten. Groener hat ihn zurückgepfiffen und — wie Klagges Nachgeben beweist — Hitler hat den Befehl gegeben, daß Groeners Anordnung durchgeführt wird. Herr Klagges hatte eben noch nicht ganz begriffen, was es heißt, daß die Front zwischen den Nazis und den Trägern der Grundfesten bürgerlicher Macht sich zu schließen begonnen hat. Hitler hat es ihm scheinbar gründlich klar gemacht, und dies ist der Brief, mit dem er den kläglichem Rückzug vor den Bürogeräten, den heute tatsächlichen Herren im Reichsinnenministerium, antritt:

„Auf Ersuchen des Reichsministers des Innern, das mir heute fernmündlich durch die Braunschweigische Gesandtschaft übermittelt wurde, nehme ich meine Mitteilung vom gestrigen Tage, nach der der „Volksfreund“ bis zur Entscheidung des Reichsgerichts nicht erscheinen dürfe, hiermit zurück, allerdings nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt aller Rechte, insbesondere der Entscheidung des Reichsgerichts. Hiernach habe ich bis auf weiteres nichts dagegen einzuwenden, wenn der „Volksfreund“ ab morgen wieder erscheint.“

Schweres Grubenunglück in Schottland

Zehn Tote!

Aus London wird gemeldet: Eine schwere Explosion, die sich auf der Bowhill-Zeche in der Grafschaft Fifeshire ereignete, forderte zehn Menschenleben. Es gelang noch nicht, die Leichen zu bergen. Mit Ablösung wurde viele Stunden lang gearbeitet, um an die eingeschlossenen Bergleute heranzukommen, aber das Ausströmen giftiger Gase machte den Abbruch der Rettungsarbeiten erforderlich, so daß die ganzen Anstrengungen vergeblich waren. Die Rettungsmannschaft konnte durch einen anderen Schacht der Grube ins Freie gelangen.

„Wahlen“ in Südslawien

Belgrad, 2. November.

Mit der nunmehr abgeschlossenen rechtlichen Bestätigung der Abgeordnetenmandate ist die offizielle Wahlaktion im wesentlichen abgeschlossen. Für die 306 Abgeordnetenmandate haben insgesamt 674 Personen ihre Kandidatur angemeldet, darunter 18 Minister, deren Wahl gesichert ist, da ihnen keine Gegenkandidaten gegenüberstehen. Sämtliche angemeldeten Kandidaten sind registriert; es besteht nur die Landesliste des Ministerpräsidenten General Zivkovic, während die Opposition sich von den Wahlen vollkommen fernhält. Der Wahlakt mit der

öffentlichen

Stimmabgabe wird sich demnach auf die Wahl eines oder des anderen Regierungskandidaten in den einzelnen Wahlbezirken beschränken.

Die ganze Wahlkomödie dient nur der Täuschung der Öffentlichkeit. Ein ungeheurer Terror in Verbindung mit dem Popentum verhindert die Aufstellung oppositioneller Kandidaten.

Arbeiter niedergeschossen.

Zu einem folgenschweren Zusammenstoß, der zwei Menschenleben forderte, kam es in der Nacht vor dem Wahltag in Bad Doberan. Den Anlaß zu der blutigen Auseinandersetzung gab, daß einige Nationalsozialisten kommunistische Plakate für die Amtsvertreterwahlen abrißen und dabei von Kommunisten überrascht wurden. Bei dem Zusammenstoß wurden die Kommunisten Bom und Klöcking von dem Nationalsozialisten Ingenieur Walter Gädicke erschossen.

Arbeiter-Sport vom Sonntag

Groß-Berlin

Bezirks-Waldlauf bei schönstem Wetter in der Wühlheide.

Spannende Kämpfe um die Plätze. — ASC gewinnt den Hauptlauf. Ur'er reger Anteilnahme der zahlreich erschienenen Zuschauer wurde am vergangenen Sonntag der Berliner Waldlauf in der Wühlheide abgehalten. Seitdem haben die Waldläufer Groß-Berlins ein solch ideales Waldlaufgelände vorgefunden, wie diesmal in der Wühlheide. Wirklich, man muß es dem Veranstalter lassen, daß er es mit großem Geschick verstanden hat, den Läufern eine harte Probe aufzugeben.

Bereits lange Zeit vorher war die Wühlheide "Tummelplatz aller Aktiven und Passiven, so daß der Starter pünktlich 15 Uhr als erstes eine ziemlich große Schar Propaganda-Läufer auf die Strecke schicken konnte. Gleich im Anschluß daran traten die Frauen zum 1000-Meter-Lauf an.

Die älteren Sportler waren bedauerlicherweise nicht, wie das Meldeergebnis gezeigt hat, in genügender Anzahl eingetroffen, dagegen hat man bei den Anfängern, die eine 2000-Meter-Strecke absolvierten, viele Teilnehmer an den Start gebracht. Sieger wurde hierbei Stefan (ASV. Neukölln).

Im 3000-Meter-Hauptlauf der Männerklasse A, der als Einzel- und Mannschafts-Lauf gewertet wurde, siegte Huwe (ASC.) sicher vor Kintscher (Osring) in der für das Gelände guten Zeit von 9.50.3.

Auch in der Mannschaftswertung für diesen Lauf konnte der ASC. allerdings erst in den letzten Metern, aber dennoch sicher den Sieg an sich reißen.

Im 5000-Meter-Lauf gewann Fornacon (Wildau) in 17.18.5 vor Czyschka, (Vorwärts).

Trotzdem die Spielermannschaft ein starkes Aufgebot auf die Beine bringen wollte, fand man hier nur eine Mannschaft des SAC. auf der Strecke, die dann ohne Bedrängnis das Ziel erreichen konnte.

Die im Anschluß daran abgehaltene Photo-Ausstellung der Arbeiter-Photographen hat sicher unter den zahlreich erschienenen Photo-Freunden einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Weitere Ergebnisse: 1000 Meter, ältere Sportler: 1. Heinz (Osring) 4:08:4. 2000 Meter, andere Sparten: 1. Neumann, 2. Walter, 3. Fehler (Freie Kuno-Union). — Zeit: 6:02:2.

2000 Meter, Jugend: 1. Boltze, Hauser (totes Rennen) ASV. Neukölln. — Zeit: 5:57:7.

Jugend-Jahrgang 15/16: 1. Vetter, 2. Schwedler, 3. Schenk (Eiche-Köpenick).

Bis zur Stunde liegen Resultate von den übrigen Bezirkswaldläufen des ersten Kreises leider nicht vor, so daß hierüber kein Bericht gegeben werden kann. An dieser Stelle ersuchen wir nochmals alle Funktionäre, im Interesse der Lebendigkeit und Aktualität unseres Blattes, Sportergebnisse des Sonntag. Jeder Art, bis Montag 10 Uhr an die Redaktion zu senden.

burg und Berlin, wurde von Leipzig sicher mit 787 Punkten vor Berlin, 744 Punkte, und Hamburg, 722 Punkte, gewonnen. Die einzelnen Ergebnisse: Barmen: Leipzig 260, Berlin 255, Hamburg 245; Pford: Leipzig 258, Berlin 234, Hamburg 231; Reck: Leipzig 269, Berlin 255 und Hamburg 246 Punkte.

Breslau

Handball

Ein Sonntag der Ueberraschungen!

Sil. Kick. schlägt 5. Abt. sicher. — 1925 schlägt 8. Abt. in der zweiten Halbzeit. — 7. Abt. knapper Sieg. — 9. Abt. überlegener Sieg des Bezirksmeisters — 1. Abt.

Sil. Kick.—5. Abt. 3:0 (2:0).

Die Erwartung ist eingetroffen! Sil. Kick. gelang es abermals, die 5. Abt. zu schlagen und ihr die ersten Punkte in dieser Serie abzuziehen. Trotzdem 5. Abt. in den ersten Minuten tonangebend war, gelang es ihr nicht, etwas Zahlbares zu erreichen. Schon in der 11. Minute errangen die „Vereinigten“ das Führungstor. Wenige Minuten später den zweiten Treffer durch den Linksaußen, eingeleitet durch einen Freiwurf. Die 5. Abt. bietet nun alles auf, kann aber die sehr gut arbeitende Hintermannschaft der „Vereinigten“ nicht überwinden. Mit 2:0 geht es in die Halbzeit. Nach der Pause drückt die 5. Abt. mächtig, um das Resultat zu verbessern. Ein Erfolg war aber nicht mehr zu verbuchen.

Der Torsteher der „Vereinigten“ war in bester Form. Eine gut eingeleitete Vorlage wird durch den Linksaußen der „Vereinigten“ zum dritten Tor, und somit ist der Sieg der Sil. Kick. sichergestellt. Die „Vereinigten“ haben durch dieses Resultat bewiesen, daß auch mit ihnen in der zweiten Halbserie unbedingt zu rechnen ist.

7. Abt.—9. Abt. 5:4 (3:2).

Vor einer zahlreich erschienenen Zuschauermenge stieg im Eichenpark das fällige Serienspiel. Gleich zu Beginn drückt der Führer der 9. Abt. mächtig, kann aber nichts Wertvolles erzielen. Dagegen erreicht die 7. Abt. durch einen vorzüglich eingeleiteten Gegenangriff die Führung. Wenige Minuten später bringt die 9. Abt. den Ausgleich. Es entwickelt sich ein kurzes Mittelfeldspiel. Die 7. Abt. rückt auf und erreicht durch einen Freiwurf abermals die Führung. Dennoch ist es der 9. Abt. vergönnt, den Ausgleich herzustellen. Kurz vor der Halbzeit ist es der Mittelstürmer der 7. Abt., der einen Fehler der Verteidigung geschickt ausnutzt, um zum dritten Male einzusenden. Nach der Pause ist es die 7. Abt., die das Spiel an sich reißt. Es gelingt ihr indessen, ihren Vorsprung um zwei weitere Tore weiter sicherzustellen. Ungeachtet dieser Ergebnisse bietet die Mannschaft der 9. Abt. alles auf, um dennoch ein dem Spiel entsprechendes Resultat zu erzielen. Die letzten zehn Minuten stehen ganz im Zeichen der 9. Abt. Obgleich die 7. Abt. versucht, mit aller Kraft das Tor zu verhindern, sind der 9. Abt. dennoch zwei Erfolge sicher. Mit obigem Ergebnis trennen sich beide Mannschaften. Nach dem Spielverlauf zu messen, war ein „Unentschieden“ sicher gerechtfertigter. Der Schiedsrichter konnte in seinen Entscheidungen nicht immer gefallen, was aber weniger schlimm war.

6. Abt.—1. Abt. 9:2 (4:0).

Ansturm der 6. Abt. wird vors Tor getragen, wo Verteidigung klärt. Auch der Angriff der 1. Abt. landet im Aus. In der 5. Minute gelingt es dem Halbrechts der 6. Abt. durch einen unverhofften Weitschuß, die Führung zu erreichen. Die 1. Abt. spielt im Sturm sehr zerfahren und ist auch vor dem Tor nicht durchschlagskräftig genug, um Tore zu erzielen. Dank besserer Aufbauarbeit und Stürmerleistungen kann die 6. Abt. bis Halbzeit das Resultat auf vier Tore erhöhen. Nach der Pause ist die 6. Abt. weiter tonangebend; während es ihr gelingt, bis Schluß fünf weitere Tore zu schießen, langt es bei der 1. Abt. nur noch auf zwei.

Fußball

Stern aus dem engeren Wettbewerb um Breslau Bezirksmeisterschaft ausgeschieden. Blauweiß—Stern unentschieden. VfR. sichert sich durch einen 3:0-Sieg über Hundsfeld den Verbleib in der 1. Klasse.

Durch die am vergangenen Sonntag stattgefundenen Spiele trat eine weitere Klärung im Kampf um den Meister-Titel ein. Stern verscherzte sich durch den unentschiedenen Ausgang des Sonntags-Spieles die weitere Anwartschaft, so daß die endgültige Entscheidung nur noch zwischen Einigkeit und Blauweiß liegt. Relativ steht Einigkeit am günstigsten, da sie noch keinerlei Verlustpunkte aufweisen. Der augenblickliche Tabellenstand ist folgender:

Einigkeit	1	2	0	0
Blauweiß	2	3	1	0
Stern	3	3	3	0
VfL-Oels	2	0	4	0

Am kommenden Sonntag dürfte mit dem Spiele Einigkeit—VfL-Oels eine weitere Klärung erfolgen. Dabei ist ganz besonders zu beachten, daß VfL-Oels in den letzten Wochen eine riesige Formverbesserung aufzuweisen hat, konnte doch Blauweiß nur knapp 4:3 gegen Oels gewinnen. Der Sieg steht für Einigkeit also keineswegs so fest, wie man vermuten könnte. Das Spiel kommt am nächsten Sonntag vormittag um 10.15 Uhr auf dem Sportplatz am Schlachthof zum Austrag und verspricht eines der besten zu werden.

Das Unentschieden, welches Blauweiß am Sonntag gegen Stern erzwang, bedeutet eine ungeheure Energieleistung der Mannschaft. In veränderter Aufstellung spielend, wollte es zum Anfang absolut nicht klappen. Dazu kam, daß der Mittelstürmer bereits in der 1. Halbzeit infolge Verletzung nur noch als Statist wirken konnte. Ein weiterer Ausfall war nach Halbzeit der Halblinke, der sich nach Erzielung des Führungtores gleichfalls eine Verletzung zuzog und seine vollen Kräfte nicht mehr entfalten konnte. Leicht hätte es sonst für Stern noch schlimmer aussehen können. Die schwächsten Punkte der Blauweiß-Mannschaft waren der rechte Verteidiger sowie der Torhüter, auf dessen Rechnung das Ausgleichstor Sterns kommt. Ueberragende Arbeit leistete der rechte Läufer, der unermüdet tätig war. Sterns Mannschaft bot insgesamt eine Durchschnittsleistung. Allerdings fiel der Halblinke stark ab, der durch sein Getändle noch so gut gemeinte Kombinationszüge des Sturmes verdarb. Alles in allem ein spannendes Spiel, bei welchem Stern auf Grund der größeren Energie des Gegners die Aussichten auf den Titel verlor. Das Spiel selbst:

Stern—Blauweiß 3:3 (2:0); Ecken 3:5.

Tausende von Zuschauern gaben den äußeren Rahmen, als Blauweiß das Spiel eröffnete. Die Anfangsminuten sehen für Stern beängstigend aus. Blauweiß drückt stark, kann aber außer einer Ecke nichts erringen. Minuten später erzielt Stern die erste Ecke, welche ebenfalls erfolglos bleibt. Das dann offene Spiel wird durch einen plötzlichen Durchbruch des Halblinken Sterns unterbrochen, der in der 12. Minute unhaltbar zum 1:0 ein-sendet. Blauweiß ist durch diesen Erfolg Sterns völlig überrascht. Eine zweite Ecke für Stern bringt zunächst nichts. Dann aber ist es der Mittelstürmer Sterns, der in der 23. Minute aus vollem Lauf das zweite Tor für Stern erzielt. Trotz aller Anstrengungen von Blauweiß bleibt es bei diesem Resultat bis zur Pause. Unmittelbar nach Wiederbeginn hat Blauweiß unverkennbar etwas mehr vom Spiel. Eine gute Flanke des Rechtsaußen kommt bis zum Linksaußen und schon ist das Resultat auf 2:1 verbessert. 3 Minuten später wird der Rechtsaußen von Blauweiß bei einem Durchbruch unfair gestoppt, der fällige 11-Meter wird glatt zum Ausgleich ausgenutzt. Durch diesen Erfolg ist Blauweiß er-

mutigt, so daß die Hintermannschaft Stern schwer kämpfen muß, um das Tor rein zu halten. Noch einmal aber ist es der Rechtsaußen, der nach einem rasanten Durchbruch zum Halblinken flankt und derselbe durch Kopfball zum dritten und damit zum Führungstor für Blauweiß verwandelt. Nicht lange währt diese Freude. Eine sehr schlechte Abwehr des Blauweißtorhüters verschafft Stern den Ausgleich. Obwohl bei dem Stande von 3:3 noch 20 Minuten zu spielen sind, kann keine Mannschaft das entscheidende Tor erzielen. Stern hat einen wichtigen Punkt eingebüßt.

VfR.—Hundsfeld 3:0 (2:0).

Vor dem Spiel um die Bezirksmeisterschaft standen sich beide Mannschaften im Auf- und Abstiegsspiel gegenüber. VfR. hat in der ersten Hälfte mehr vom Spiel und kann bis zum Wechsel eine 2:0-Führung schaffen. Nach der Pause drängt Hundsfeld äußerst stark. Ihr engmaschiges Innenspiel und sehr gute Abwehrleistungen des VfR-Tormannes verhindern aber jeden Erfolg. VfR. wird durch Einzeldurchbrüche immer wieder gefährlich und erzielt auch im Anschluß an einen solchen das dritte Tor. Durch diesen Sieg hat sich VfR. den Verbleib in der 1. Klasse gesichert.

1925—8. Abt. 5:3 (4:2)

Dieser Sieg der 1925er kommt überraschend. Schon in der zweiten Minute kann die 8. Abt. in Führung gehen. Doch kurze Zeit später stellen die 1925er den Ausgleich wieder her. Im Anschluß an einen Freiwurf kam der Halbrechts von 1925 unhaltbar einsenden. Doch abermals gelingt der 8. Abt. der Ausgleich. Bis zur Pause kann 1925 durch bessere Stürmerleistungen zwei weitere Tore zielen. Nach der Pause ausgeglichenes Spiel, wobei es jeder Mannschaft bis zum Schluß gelingt, ein Tor zu buchen. Mit diesem Sieg haben die 1925er ihren ungünstigen Platz in der Tabelle etwas wettgemacht.

Freie Schwimmer—1897 9:5 (3:3)

Bis zur Halbzeit ein ausgeglichenes Spiel auf beiden Seiten. Nach der Pause fanden sich die Schwimmer besser zusammen und stellten obiges Endresultat her. Eine Entfaltung der beiden Mannschaften konnte infolge der miserablen Bodenverhältnisse leider nicht aufkommen, so daß begreiflicherweise darunter das Spiel im ganzen stark litt. Die Freien Schwimmer sind durch diesen Erfolg ungeschlagener Halbserien-Meister der Westgruppe.

Stabelwitz—Ohlau 2:4 (2:3)

200 Zuschauer wohnten diesem flotten Spiele bei. Schon in der zweiten Minute kommt Ohlau zum Führungstor. Aber schon vom Ansturm weg holen die Stabelwitzer den Ausgleich. Sie können aber nicht verhindern, daß bis Halbzeit die Ohlauer eine knappe Führung herausholen. Nach der Pause legt sich Stabelwitz mächtig ins Zeug, um das Resultat für sich besser zu gestalten. Sie können aber nicht die gegnerische Verteidigung überwinden. Ohlau wird jetzt besser und kann durch einen Fehler der Verteidigung ein viertes Tor und somit den Sieg sicherstellen.

Weitere Resultate melden:

Freie Schwimmer II—1897 II 5:5; 1925 II gegen 8. Abt. II 3:0; Ohlau II—Tennis 4:2; 5. Abt. II—Silesia II 6:0; 7. Abt. II—Gandau II kampflös für 7. Abt.; 6. Abt. II gegen 1. Abt. II 1:0; 1925 III—1911 0:4; 1925 IV—Brieg 7:1; 1925 Jug.—7. Abt. Jug. 2:1; Mochbern Schül.—1925 Schül. 2:0; 7. Abt. Schül.—1. Abt. Schül. 5:0; Freie Schwimmer Schül.—5. Abt. Schül. 5:2.

Handball-Notizen

Handball-Schiedsrichtervereinigung. Donnerstag, den 5. November, 20 Uhr, Schiedsrichter-Vollversammlung bei Hanke, Leuthenstraße.

FT. Stabelwitz. Freitag, den 6. November, 20 Uhr, Spielerversammlung im Vereinslokal.

Fußball im Waldenburger Bergland.

Der Kreismeister Sportfreunde-Waldenburg konnte im dritten Spiel um die Meisterschaft des 4. Bezirks abermals siegreich bleiben. Diesmal unterlag Hochwald-Hermsdorf mit 5:1. Sportfreunde hat am nächsten Sonntag zum Endspiel — denselben Gegner anzutreten und sollte vor einem weiteren Siege stehen. Sportfreunde-Dittersbach mußte von Adler-Weißstein eine glatte 1:3-Niederlage hinnehmen, während Konradswaldau — V. f. R. Freiburg hoch 7:0 verlor.

Deine Waffe im politischen Tageskampf

ist die

SAZ

Darum abonniere noch heute die

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name:

Wohnort:

Straße:

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungs-obmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Bücher.

die Sie interessieren werden!

Die Krise des Kapitalismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse

Mitarbeiter: Prof. Max Adler, Wien, Eg. Graf, M. d. R., F. Petrich, Gera, Max Seydewitz, M. d. R., E. Weckerle, Chemnitz

Die Organisation im Klassenkampf

Mitarbeiter: F. Bietigk, Leipzig, Dr. E. Eckstein, Breslau, O. Jeussen, Tinz, K. Laumann, Leipzig, H. Wagner, Dresden

Unsere Stellung zu Sowjetrußland

Mitarbeiter: Prof. Max Adler, Wien, A. Gerschekron, Wien Prof. Hartwig, Prag, F. Lewy, Berlin, E. Wolf, Berlin

Preis für Mitglieder der Marxistischen Büchergemeinde RM. 3,— für Nichtmitglieder RM. 4,75

Freie Verlagsgesellschaft, Berlin-Tempelhof
Hohenzollernkors 67

Bei Unregelmäßigkeiten in der Zeitungszustellung
wende man sich sofort Postbezug erfolgt
ZUERST AN DAS ZUSTÄNDLICHE POSTAMT
Sollte eine solche Reklamation erfolglos bleiben, bittet der Verlag um Verständigung